

Daniela Münkler

**Kampagnen, Spione, geheime Kanäle**

Die Stasi und Willy Brandt

BF informiert 32 (2013)

Der Bundesbeauftragte  
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Abteilung Bildung und Forschung  
10106 Berlin  
publikation@bstu.bund.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Umschlag-Vorderseite: Willy Brandt verkauft am 16. Juni 1959 auf dem Kurfürstendamm Abzeichen im Rahmen der Aktion »Macht das Tor auf« (Landesarchiv Berlin, Fotosammlung, F Reg. 290/65206)

Umschlag-Rückseite: Willy Brandt vor dem Schöneberger Rathaus am 16. August 1961 (BStU, MfS, ZAIG, Fo 1666, Bild 42)

Schutzgebühr: 2,50 €  
Berlin 2015  
2., korrigierte Auflage

ISBN 978-3-942130-75-2

Eine PDF-Version dieser Publikation ist unter der folgenden URN kostenlos  
abrufbar: urn:nbn:de:0292-97839421307526

# Inhalt

<b>Einleitung</b>	<b>5</b>
<b>Gescheiterte und gelungene Diffamierungskampagnen</b>	<b>7</b>
<b>Ungebetene Schützenhilfe</b>	<b>25</b>
<b>Direkte Drähte zur Stasi? Spione und geheime Kanäle</b>	<b>35</b>
Geheime Kanäle	36
Rettung einer Regierung	47
<b>Guillaume und andere Spione oder Der ungewollte Sturz eines Kanzlers</b>	<b>57</b>
<b>Willy Brandt in der geheimen Berichterstattung der Stasi an die SED-Führung</b>	<b>71</b>
<b>Schlussbemerkungen</b>	<b>81</b>
<b>Dank</b>	<b>83</b>



Abb. 1: Willy Brandt verkauft am 16. Juni 1959 auf dem Kurfürstendamm Abzeichen im Rahmen der Aktion »Macht das Tor auf«  
Quelle: Landesarchiv Berlin, Fotosammlung, F Reg. 290/65206

## Einleitung

»Die Staatssicherheit und Willy Brandt« – da denkt jeder sofort an den Fall »Günter Guillaume«, den Spion im Kanzleramt. Die »Affäre Guillaume« war gleichzeitiger Höhe- und Tiefpunkt jahrzehntelanger, auf Willy Brandt bezogener Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Mehrfach versuchte das MfS direkt oder indirekt, die politische Karriere Willy Brandts zu beeinflussen.

Brandt geriet bereits Anfang der fünfziger Jahre in das Visier der Stasi. Der junge aufstrebende SPD-Politiker profilierte sich in dieser Zeit als Kämpfer gegen das Unrechtsregime in der »Zone«. Mehrere spektakuläre Reden und Auftritte – in Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 oder anlässlich einer Protestkundgebung gegen die Niederschlagung des Ungarnaufstandes am 5. November 1956 vor dem Schöneberger Rathaus und dem Brandenburger Tor – steigerten seine Popularität in Westberlin und der Bundesrepublik. Für die DDR-Führung und das MfS war er der Prototyp des »Kalten Kriegers« und so bekämpften sie den »Frontstadtbürgermeister« und Kanzlerkandidaten der SPD vehement. Die Stasi versuchte seit den fünfziger Jahren mehrfach, Diffamierungskampagnen gegen Brandt zu initiieren. In dieser Zeit wurde vom MfS zu Willy Brandt der Vorgang »Pfeiffer« angelegt, der jedoch – wie die allermeisten Akten der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) – nicht überliefert ist.<sup>1</sup>

Nach dem Mauerbau und mit dem Beginn der ersten Annäherungen im Rahmen der Passierscheinverhandlungen für Berlin seit 1963 sowie der Konzeption der neuen Deutschland- und Ostpolitik unter dem Schlagwort »Wandel durch Annäherung« begann sich das Bild von Willy Brandt bei der SED, und damit auch beim MfS, zu ändern. In dieser Zeit wurden »geheime Kanäle« aufgebaut, um angesichts nicht bestehender offizieller Beziehungen einen Informationsaustausch zu gewährleisten und sich über Vereinbarungen zu verständigen. Dass diese Kanäle alle über die HV A des MfS liefen, mögen die westdeutschen Gesprächspartner geahnt haben, nahmen es aber in Kauf, weil es damals die einzige Möglichkeit war, um Verhandlungen mit der DDR zu führen und damit auch menschliche Erleichterungen zu erwirken. Brandt entwickelte sich für die DDR langsam zu demjenigen bundesdeutschen Politiker, mit dem sich die aussichtsreichste Perspektive für die erstrebte staatliche Anerkennung verband. Dies gilt besonders ab 1969,

---

<sup>1</sup> Vgl. Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Gutachten für den Deutschen Bundestag gemäß § 37 (3) des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Berlin 2013, S. 209.

nach Übernahme der Regierungsverantwortung durch die sozial-liberale Koalition. So rettete das MfS die Regierung Brandt im Jahr 1972 beim Misstrauensvotum durch Stimmenkauf. Dass der Kanzler dann 1974 über den DDR-Spion Guillaume stolperte, war wohl einer der größten Misserfolge von HV-A-Chef Markus Wolf. Auch nach seiner Kanzlerschaft blieb Willy Brandt, der bis 1987 SPD-Vorsitzender war und 1976 Präsident der »Sozialistischen Internationale« wurde, im Blick der Stasi – nicht zuletzt seine Popularität bei der DDR-Bevölkerung erregte weiterhin die Aufmerksamkeit der DDR-Geheimpolizei. Der letzte Bericht über ihn stammt aus dem Jahr 1988 – nur wenige Monate vor dem Untergang der DDR.



Abb. 2: Rede Willy Brandts vor dem Rathaus Schöneberg am 16. August 1961  
Quelle: BStU, MfS, ZAIG, Fo 0834, Bild 40

## Gescheiterte und gelungene Diffamierungskampagnen

Durch politische Äußerungen, mit denen er in den fünfziger Jahren ausgesprochen kritisch mit dem DDR-Regime ins Gericht ging, und durch seine spektakulären öffentlichen Auftritte gegen die menschenverachtende Politik der DDR, geriet Willy Brandt schon früh ins Visier der Staatssicherheit. Brandt, seit 1957 Regierender Bürgermeister von Berlin sowie seit 1958 Landesvorsitzender der Berliner SPD, war in dieser Zeit in den Augen von SED-Führung und Staatssicherheit der Inbegriff des »Kalten Kriegers« – der »Frontstadtbürgermeister«. Daher war es in dieser Phase das Ziel der DDR-Führung, Brandt mit Hilfe der Stasi zu diskreditieren und somit eine weitere politische Karriere unmöglich zu machen. Ein Ansatzpunkt war schnell gefunden: Brandts Emigrationszeit. Bei diesem Thema konnte man sicher sein, die gewünschte Resonanz in der Bundesrepublik zu finden, da man an festverwurzelte Vorurteile gegen Emigranten anknüpfen konnte, die mit der weitverbreiteten Beschönigung der eigenen Mitläufer- oder Täterrolle in der NS-Zeit verbunden waren.

Bereits seit Anfang der fünfziger Jahre hatte die SED versucht, Brandt durch »Enthüllungen« im *Neuen Deutschland*, die ihn der Spionage für den

englischen und amerikanischen Geheimdienst während des Zweiten Weltkrieges bezichtigten, zu demontieren.<sup>2</sup> Im Laufe der fünfziger Jahre tauchten dann derartige Artikel in regelmäßigen Abständen und mit kleineren Variationen immer wieder auf.<sup>3</sup>

Im Jahr 1957 wurden Mitarbeitern von Brandt Informationen zugespielt, nachdem das ZK der SED im Besitz von Unterlagen über Brandts Emigrationszeit sei, aus denen hervorginge, dass er für die Geheimdienste Norwegens, Großbritanniens und der Sowjetunion tätig gewesen sei. Außerdem besitze man einen unterschriebenen Verpflichtungsschein für die KPD und auf einer Liste von Decknamen für V-Leute im Westen sei Willy Brandt unter »Konstantin I« aufgeführt.<sup>4</sup> Durch dieses Material »habe man W[illy] B[randt] fest in der Hand, wenn er falsche Politik machen sollte, würden die Dinge publik«.<sup>5</sup>

Darüber hinaus versuchte das MfS Konflikte innerhalb der SPD zu schüren und so die Position Brandts zu schwächen. In einer Notiz der HV A für Walter Ulbricht aus dem Frühjahr 1959 findet sich der Vorschlag, eine Flugschrift im Namen einer »oppositionellen SPD-Gruppe« in der Westberliner SPD »zu verbreiten«. Darin sollte Brandt als »Agent Adenauers« diffamiert werden, der die Berliner SPD in »ein Kampforgan Adenauers und der CDU« gegen den Deutschlandplan umfunktionieren wolle.<sup>6</sup> Die HV A wollte sich hier die Auseinandersetzungen innerhalb der SPD um den von Herbert Wehner initiierten und im März 1959 vorgelegten »Deutschlandplan« zunutze machen. Der »Deutschlandplan« forderte eine Wiedervereinigung Deutschlands in drei Stufen in einem entmilitarisierten und atomwaffenfreien Mitteleuropa. Aufgrund seiner Erfahrungen während der zweiten Berlinkrise ab 1958 in Folge des Chruschtschow-Ultimatums,<sup>7</sup> worin gefordert

---

<sup>2</sup> Vgl. u. a. *Neues Deutschland*, 5.2.1950, »Es steht zur Diskussion: ein gewisser Herr Brandt«.

<sup>3</sup> Vgl. u. a. *Neues Deutschland*, 4.5.1954, »Willy Brandt. Geheimagent und Kriegshetzer«. Erwähnenswert ist, dass der Vorwurf einer vermeintlichen Agententätigkeit Brandts während seiner Exilzeit immer wieder auch in Westdeutschland auftauchte.

<sup>4</sup> Vgl. Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AsD), Willy-Brandt-Archiv (WBA), Prozesse, Mappe 134, Schreiben von Uhlitz an Brandt v. 26.10.1957.

<sup>5</sup> Ebenda.

<sup>6</sup> BStU, MfS, HVA 187, Bericht 256/59 v. 4.5.1959, Bl. 202.

<sup>7</sup> Vgl. dazu u. a. Michael Lemke: Die Berlinkrisen von 1948/49 und 1958 bis 1963. In: Bernd Greiner u. a. (Hg.): *Krisen im Kalten Krieg*. Bonn 2009, S. 204–243, hier 222.

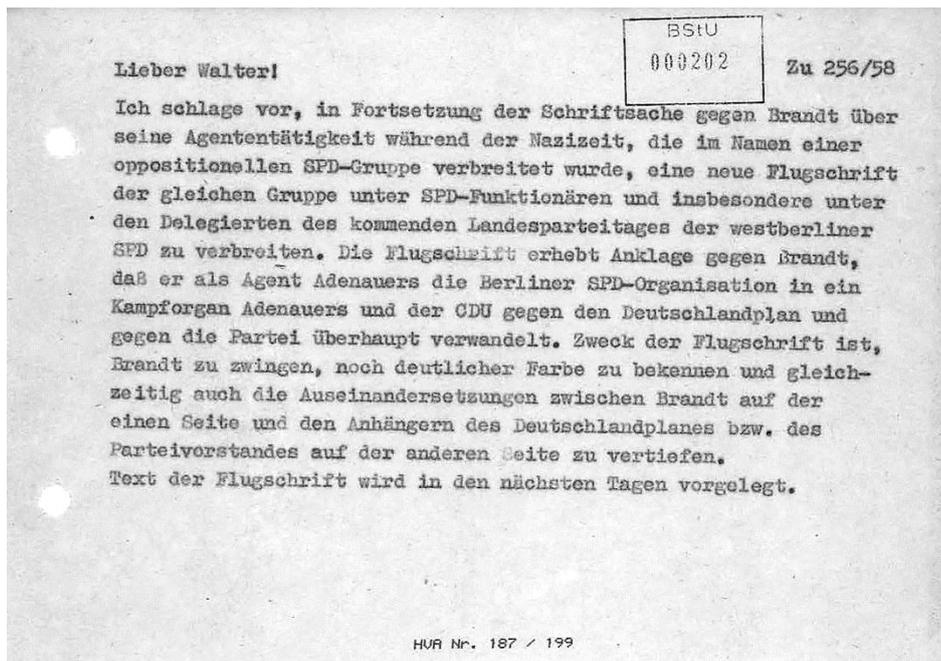


Abb. 3: Vorschlag der HV A an Walter Ulbricht, Willy Brandt durch eine fingierte Flugschrift zu diskreditieren  
Quelle: BStU, MfS, HV A 187, Bl. 202

wurde, innerhalb von sechs Monaten Westberlin den Status einer freien Stadt zu geben, ansonsten – so drohte Chruschtschow – würde die Sowjetunion ihre Hoheitsrechte für Berlin auf die DDR übertragen, hatte sich Willy Brandt gegen diesen Plan ausgesprochen.<sup>8</sup> Er kritisierte vor allem die unklaren Aussagen bezüglich Berlins – denn hier war tagtäglich erlebbar, wie wichtig die westalliierte, vor allem amerikanische Präsenz für die Bewahrung der Freiheit war. Brandt war ein Verfechter der Westintegration – und damit gegen neutralistische Experimente und zu viel Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion.

Das MfS versuchte weiter, belastendes Material zu sammeln, indem Personen, die wegen Spionageverdachts verhaftet worden waren, unter Druck gesetzt und gezielt nach einer Verbindung zu führenden Politikern der Bundesrepublik und Westberlins befragt wurden. So kam beispielsweise im

<sup>8</sup> Vgl. dazu ausführlich Wolfgang Schmidt: Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948–1963. Opladen 2001, S. 250 ff.

Zuge der Vernehmung eines der Spionage für den englischen Geheimdienst verdächtigen Bäckers aus Ostberlin am 29. Juni 1959 folgendes zur Sprache:

»Was war Ihnen über die Tätigkeit von Senatsangestellten in Westberlin für den englischen Geheimdienst bekannt? *Antwort:* [...] auch der Westberliner regierende Bürgermeister BRANDT [war] während des 2. Weltkrieges, als er sich in den skandinavischen Ländern befand, für den englischen Geheimdienst tätig.«<sup>9</sup>

Nicht gezielt, wie fälschlicherweise kolportiert wird,<sup>10</sup> sondern durch einen Zufall, wurde das MfS im Jahr 1958 auf Georg Angerer aufmerksam. Angerer, ehemaliger Sozialdemokrat und später wie Brandt Mitglied der »Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands« (SAP) aus Leipzig, floh nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zunächst nach Dänemark und dann ebenfalls wie Willy Brandt nach Norwegen. Georg Angerer hatte während des Krieges vorübergehend als Dolmetscher für die Gestapo in Norwegen gearbeitet. Während dieser Tätigkeit soll er angeblich Widerstandskämpfer und Emigranten an die Gestapo verraten haben – von diesem Vorwurf wurde er jedoch 1946 von einem norwegischen Gericht freigesprochen. Zeitweise hatten sich die Wege von Brandt und Angerer in Oslo gekreuzt. Angerer kehrte 1949 nach Leipzig zurück und arbeitete dort als Schriftsetzer. Nebenbei verdiente er sich als Dolmetscher für Norwegisch etwas dazu – so auch bei der Rostocker Ostseewoche im Jahr 1958. Hier betreute er eine norwegische Fußballmannschaft. Einige der Teilnehmer, ehemalige politische Häftlinge, erkannten in Angerer alias »Edgar Löwe« den Gestapo-Mann aus Oslo. Daraufhin wurde vom MfS ein operativer Vorgang (OV) »Ostseewoche« gegen Angerer eingeleitet.<sup>11</sup> Von der Verbindung zu Brandt wusste das MfS zu diesem Zeitpunkt noch nichts, man vermutete, dass Angerer in irgendeiner Weise für das SPD-Ostbüro in der DDR tätig sei.

Um weitere Erkenntnisse über Person und politische Einstellungen Angerers zu bekommen, wurden ein »Maßnahmeplan« aufgestellt und drei Geheime Informatoren (GI), von denen einer zum Bekanntenkreis von Angerer gehörte, auf ihn angesetzt.<sup>12</sup> Angerer wurde unter anderem in seiner Stammkneipe bespitzelt, wo er laut MfS »politische Gespräche« führen würde. Nach zwei Kneipenbesuchen Ende Oktober 1958 konnte der Geheime Informator »Max Wolf« mit ersten »Ergebnissen« aufwarten: Angerer,

---

<sup>9</sup> BStU, MfS, AU 590/59, Bd. 1, S. 206.

<sup>10</sup> Vgl. u. a. Bundestagsgutachten (Anm. 1), S. 208 u. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999, S. 23.

<sup>11</sup> Vgl. BStU, MfS, BV Leipzig A Op. Vg. 44/60.

<sup>12</sup> Vgl. ebenda, Bl. 48–50.

der sich offenbar gern damit brüstete, dass er bekannte Persönlichkeiten kennen würde, hatte von seiner Emigrationszeit erzählt und dabei betont, dass er sowohl Hermann Matern als auch Willy Brandt im Exil getroffen habe.<sup>13</sup> Letzterer habe erst durch ihn »die politische Grundlage« bekommen – so Angerer.

Hier schien sich für die Staatssicherheit ein neuer Ansatzpunkt für eine gezielte Diskreditierungskampagne gegen Willy Brandt zu bieten. Der Chef der HV A, Markus Wolf, nahm sich persönlich des Falls an, was dessen Brisanz und Bedeutung unterstreicht.

Weitere Erkundigungen über Angerer wurden eingezogen – dabei stand die Frage im Vordergrund, ob er wirklich Gestapo-Agent gewesen sei. Interessant war er für das MfS, insbesondere die HV A vor allem aus zwei Gründen: Als Mittel zur Demontage Willy Brandts sowie zur Enttarnung von Agenten westlicher Geheimdienste. Dazu stellte die Kreisdienststelle Leipzig am 3. März 1959 fest:

»Aufgrund des vorliegenden Sachstandes ist der Vorgang als äußerst wichtiges politisches Material einzuschätzen. Mit Klärung des Vorganges besteht die Möglichkeit, den Westberliner Vorsitzenden der SPD, Willi [sic!] Brandt, zu überführen, dass er während seiner Emigration mit der Gestapo zusammengearbeitet hat. Des Weiteren ist nicht ausgeschlossen, dass *Angerer* während seiner Tätigkeit als Gestapo-Spitzel eine Reihe uns noch unbekannter Gestapo-Agenten kennt, die heute für den Bundesnachrichtendienst oder andere Geheimdienste in den Nordländern arbeiten. Außerdem besteht aufgrund seiner Vergangenheit [...] der Verdacht, dass *Angerer* heute noch zu einer Agentenzentrale Verbindung hat.«<sup>14</sup>

Recherchen, sogar in Norwegen, und die Aussagen eines Zeugen, der als Geheimer Mitarbeiter der Abt. XV (Aufklärung) der Bezirksverwaltung (BV) Leipzig des MfS unter dem Decknamen »Verlag« agierte, hatten zunächst ergeben, dass Angerer wohl tatsächlich mit der Gestapo in Oslo zusammengearbeitet hatte – für eine ähnliche Kollaboration Willy Brandts gab es jedoch keine Beweise. Diese wollte man aber unbedingt besorgen und so schickte die HV A den GM »Verlag« nach Norwegen. Dort sollte er nach belastendem Material gegen Brandt suchen und seine ehemalige Lebensgefährtin, Gertrud Meyer, die allerdings schon vor dem Krieg in die USA emigriert war, befragen. Der Vorgang wurde jetzt zur Chefsache gemacht und von der HV A in der Berliner Zentrale übernommen. In einer Vorlage der

---

<sup>13</sup> Ebenda, Bl. 58.

<sup>14</sup> Ebenda, Bl. 213 f.

HV A III (unter anderem für Westberlin zuständig) vom 12. März 1959 wird die Zielsetzung der Operation klar benannt:

»Die politische Bedeutung des Vorgangs besteht darin, dass hier eine gute Möglichkeit vorhanden ist, die Verbindung Brandts zur Gestapo über den Gestapo-Agenten A[ngerer] bzw. seine Tätigkeit für die Gestapo nachzuweisen. Wenn es gelingt, die Zusammenarbeit Brandts mit der Gestapo nachzuweisen, so dürfte dies das politische Todesurteil von Brandt bedeuten. Sollte dieser Nachweis nicht lückenlos gelingen, so ist doch allein die Tatsache einer engen Verbindung zu einem Gestapo-Agenten schon von stark kompromittierender Wirkung. Außerdem besteht die Möglichkeit, die nach der Verhaftung des A[ngerer] von ihm erlangten Aussagen in maximal kompromittierender Form gegen Brandt auszuwerten bzw. A[ngerer] selbst in geeigneter Form in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten zu lassen.«<sup>15</sup>

In der gleichen Vorlage wurde auch die umgehende Verhaftung Angerers gefordert. Man war unter Zugzwang geraten, da ein Bekannter Angerers, der zu diesem Fall in der Haft vom MfS befragt worden war, aufgrund eines Gnadengesuchs entlassen werden sollte. Die Verantwortlichen der HV A befürchteten nun, dass er Angerer warnen und dieser dann nach Westdeutschland fliehen würde. HV-A-Chef Markus Wolf reagierte prompt: Am 14. März 1959 ordnete er die Festnahme und Überführung Angerers nach Berlin in die Haftanstalt Magdalenenstraße des MfS sowie die Durchsuchung von dessen Wohnung an. Der Haftbeschluss datiert vom gleichen Tag. Als Hauptgrund für die Verhaftung wird angegeben: »weil die Person während der Emigration nach eigenen Angaben Verbindung zu Willy Brandt hatte und über dessen Verbindung zur Gestapo Aussagen machen kann«.<sup>16</sup>

Der detaillierte »Untersuchungsplan« vom 18. März 1959 stellt dann auch die Ermittlung von Belastungsmaterial gegen Brandt in den Mittelpunkt. Dem »Frontstadtbürgermeister« sollte sowohl eine Verbindung zur Gestapo, als auch zu Troztkisten, mit dem Ziel der »Entlarvung von Brandt alias Frahm als Feind der Arbeiterklasse«, nachgewiesen werden.<sup>17</sup> Auch Brandts Aufenthalt in Spanien während des Bürgerkriegs sowie zahlreiche weitere Reisen, die er im Auftrag der SAP nach 1933 durchführte, wurden zum Untersuchungsgegenstand erklärt. Angerer wurde zu all diesen Punkten immer wieder vernommen. Die Ermittlungsdauer und damit die Haftzeit wurde mehrfach verlängert. Angerer scheint unter den Dauerverhören

---

<sup>15</sup> BStU, MfS, AU 4000/65, Bd. 2, Bl. 78.

<sup>16</sup> BStU, MfS, AU 4000/65, Bd. 1, Bl. 7.

<sup>17</sup> Ebenda, Bl. 32.

Regierung der  
Deutschen Demokratischen Republik  
Ministerium des Innern

Staatssekretariat für Staatssicherheit

Bezirksverwaltung ..... Hauptverwaltung A

Abtlg./Kreisdienststelle ..... III

Berlin, den 13.3. 1959

0007

GVS

BStU

000007

## Haftbeschuß

Der/Die

Name: Angerer

Vorname: Georg

Geburtstag und -ort: 14.10.1903 in Wilhelmshafen

Beruf: Schriftsetzer

Familienstand: verh.

Wohnungsanschrift: Engelsdorf bei Leipzig, Querstr.

ist aus den unten angeführten Gründen in Haft zu nehmen.

Gründe der Inhaftierung: Es ist der dringende Verdacht gegeben, daß Angerer während der faschistischen Besetzung in Norwegen als Gestapoagent tätig gewesen ist und Beihilfe zum Totschlag geleistet hat. Die Verhaftung der Person erfolgt unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Totschlag und Beihilfe zum Totschlag nach 15 Jahren verjährt ist, insbesondere deshalb, weil die Person während der Emigration nach eigenen Angaben Verbindung zu Willy Brandt hatte und über dessen Verbindung zur Gestapo Aussagen machen kann.

Der Mitarbeiter: *L. H. H. H.*  
(Unterschrift)

Der Leiter der Abteilung/Kreisdienststelle: *M. d. H. V. A. J. H. H. H.*  
(Unterschrift)

Bestätigt: 14. März 1959  
(Datum)

*W. H. H.*  
(Unterschrift)  
Generalmajor

D 1580 155 30.0 Form 31

Abb. 4: Haftbeschluss der HV A gegen Georg Angerer  
Quelle: BStU, MfS, AU 4000/65, Bd.1, Bl. 7

und der Haft sehr gelitten zu haben.<sup>18</sup> Seine Handschrift wurde zusehends unsicherer und krakeliger.

Mitte Mai 1959 unterbreitete dann die Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan) des MfS einen Vorschlag, der zusammen mit der HV A und der Abteilung Agitation umgesetzt werden sollte.<sup>19</sup> Geplant war eine breit angelegte Medienkampagne gegen Brandt: Im DDR-Fernsehen und -Rundfunk sollte ein Interview mit Angerer gesendet werden, in dem die diskreditierenden Vorwürfe gegen Brandt zur Sprache kommen. Flankierend sollten entsprechende Presseartikel erscheinen. Offenbar war die Stasi zuversichtlich, dass sie mit den Aussagen Angerers eine solche Kampagne erfolgreich bestreiten und damit die politische Karriere Willy Brandts beenden könne.

Nach zermürenden Verhören verfasste Angerer schließlich unter der Regie seiner Vernehmer eine 54-seitige Niederschrift zum »Fall Willy Brandt«. Der Inhalt entsprach dem, was das MfS hören wollte:<sup>20</sup> Brandt wurde als rücksichtsloser Karrierist, Demagoge, politischer Hochstapler, Intrigant, Egozentriker, Weiberheld, als »systematisch arbeitender Feind der Arbeiterbewegung« und »Trotzkist« dargestellt, der im spanischen Bürgerkrieg auf der falschen Seite gekämpft habe und schon damals antisowjetisch eingestellt gewesen sei. Brandt hatte als SAP-Mitglied in Spanien an der Seite der linkssozialistischen POUM (Partido Obrero de Unificación Marxista) gestanden, die von den Kommunisten als »trotzkistisch« bezeichnet und bekämpft worden war. Nach 1945 sei er dann zum »äußersten rechten Rand der SPD« gewechselt. Bereits während des Krieges habe er in Stockholm mit den Amerikanern »angebündelt« und sie mit Informationen beliefert – hier liege die Grundlage für die enge Verbindung Brandts zu den USA. Die im Text aufgestellten Behauptungen wurden mit glaubwürdig wirkenden Details aus der Emigrationszeit versehen. Dabei wurden reale Begebenheiten und persönliche Bekanntschaften bzw. politische Verbindungen im Sinne der gewünschten Botschaft umgedeutet. Zur Untermauerung wurden wörtliche Zitate Brandts und anderer eingefügt, die nicht überprüfbar waren. Für den Teil der Ausführungen Angerers, der die Zeit nach 1945 umfasst, als er schon sehr lange keinen persönlichen Kontakt

---

<sup>18</sup> Vernehmungen von Angerer – manchmal sogar zweimal täglich – fanden statt: 15.3., 16.3., 17.3., 21.3., 23.3., 24.3., 25.3., 26.3., 28.3., 31.3., 2.4., 9.4., 11.4., 14.4., 16.4., 17.4., 25.4., 30.4., 4.5., 5.5., 6.5., 8.5., 14.5., 19.5., 23.5., 27.5., 16.6., 18.6., 24.6., 1.7., 11.7., 16.7., 13.8., 1.9., 30.9.1959; vgl. BStU, MfS, AU 4000/65, Bd. 1.

<sup>19</sup> Vgl. ebenda, Bl. 275.

<sup>20</sup> Vgl. ebenda, Bl. 384–438.

1  
Berlin, 8. Juli 1959

BSTU  
000384 0384 369

5 + 2.  
nur für die Archivisten

Niederschrift.

Im Herbst 1933 konnte ich Willi Brandt kennen. Da ich leider nicht mit einem b. Sinn ausgestattet bin, merkte ich nicht das dieses erste Zusammentreffen für mich ein historischer Augenblick war. Wer kann auch ahnen, dass Brandt 20 Jahre später als politischer Scharlatan eine solche ruhmreiche Rolle in der deutschen Politik spielen würde.

Damals war er 19 Jahre alt, die norwegische Arbeiterpartei hatte ihn mit der Funktion beauftragt, alle ankommenden politischen Flüchtlinge zu überprüfen. Von Brandt's Urteil wurde die Anerkennung oder Ablehnung eines Flüchtlings durch die norwegische Partei abhängig gemacht. Wie ist Brandt zu dieser wichtigen politischen Schlüsselstellung gelangt und wie hat er diese Stellung für seine Zwecke benutzt?

Herbert Frahm alias Willi Brandt hatte gleich nach Hitlers Machtantritt seine Vaterstadt Lübeck verlassen und auf legalen Wege direkt nach Oslo gereist. In Deutschland hatte er bis zu diesem Zeitpunkt kaum am politischen Leben teilgenommen. Seine einzige politische Haltung bis dahin bestand darin,

Abb. 5: Nach zermürenden Verhören durch das MfS von Angerer verfasste Niederschrift zum »Fall Willy Brandt«  
Quelle: BStU, MfS, AU 4000/65, Bd.1, Bl. 384

mehr zu Brandt hatte, wurde als angebliche Quelle ein ominöser »Gewährsmann« ins Feld geführt. Doch letztlich stellte das Papier das MfS nicht zufrieden, denn eine Zusammenarbeit Brandts mit der Gestapo kam in den Aufzeichnungen Angerers nicht vor. Darüber hinaus berief er sich immer wieder – wahrscheinlich aus Selbstschutz – auf Erinnerungslücken.<sup>21</sup> Die Vernehmungen gingen deshalb weiter.

Am 1. September 1959 schrieb Markus Wolf an Erich Mielke in einer Stellungnahme zu einem entsprechenden Vorschlag des MfS-Untersuchungsorgans, dass nach der »Bestätigung durch das ZK [...] Ende Oktober/Anfang November eine Aktion zur Entlarvung des B. eingeleitet« werden solle.<sup>22</sup> Dazu solle eine Pressekonferenz unter Vorsitz des damaligen Direktors der Kunstsammlungen Dresden, Max Seydewitz, abgehalten werden. Die Wahl war auf Seydewitz gefallen, weil dieser ebenfalls als SAP-Mitglied im norwegischen und schwedischen Exil gewesen war. Er sollte sich – unterstützt von weiteren Personen – negativ über Willy Brandt äußern. Diese Pressekonferenz sowie eine »grundsätzliche Erklärung« von Seydewitz sollten die Grundlage für weitere Diffamierungsaktionen bilden. Hierbei sollte dann wiederum Angerer eine zentrale Rolle zukommen. Doch dieser Plan konnte nicht realisiert werden, offensichtlich weil er zu viele Risiken barg.

Angerer, der Ende September 1959 aus der Haft entlassen wurde, stand weiter unter Druck und Beobachtung der Staatssicherheit. Die HV A gab ihren Plan, eine Diffamierungskampagne gegen Brandt zu starten, zunächst nicht auf, obwohl sie letztlich nichts in der Hand hatte. Denn es war weder brauchbares, kompromittierendes Material aufgetaucht, noch hatten die Vernehmungen den gewünschten Ertrag gebracht. Außerdem war Angerer durch die Haft gesundheitlich ziemlich angeschlagen. In einer Vorlage für Markus Wolf vom 18. Dezember 1959 über die »weitere Arbeit« mit Angerer, wird der Schwerpunkt der Kampagne auf öffentliche Auftritte gelegt – dafür wäre man auch bereit, ihm ein Honorar zu zahlen. Inhaltlich sollte nochmals versucht werden, irgendwelche Kontakte Brandts, direkter oder indirekter Art, zur Gestapo nachzuweisen. Der handschriftliche Kommentar von Markus Wolf dazu lautete: »Hauptaufgabe: Ausarbeitung einer qualifiz[ierten] Erklärung, die zu beliebiger Zeit an beliebige Adresse versendet werden kann.«<sup>23</sup> Die Erklärung sollte zuerst an den Parteivorstand der SPD gehen. Angerer sollte sich darin als alter Sozialdemokrat vorstellen, der sich

---

<sup>21</sup> Vgl. ebenda, Bl. 550.

<sup>22</sup> BStU, MfS, AU 4000/65, Bd. 2, Bl. 153.

<sup>23</sup> Ebenda, Bl. 162.

große Sorgen über einige Funktionäre und damit die Zukunft der SPD mache, und deshalb diesen Brief schreibe. Er würde Brandt aus der Emigration kennen, dieser war und sei ein »Verräter« an den Interessen der Sozialdemokratie.

Dass Angerer ein solches Schreiben unter Anleitung des MfS verfasst hat, ist nachweisbar, abgeschickt wurde es mit größter Wahrscheinlichkeit nicht. Denn die HV A wollte erst einmal prüfen, ob Angerer die vorgegebene Linie durchhalte und ihm wirklich zu vertrauen sei. Um dies zu ermitteln, besuchte ein MfS-Mitarbeiter Angerer unter einer Legende zu Hause. Er gab sich als enger Vertrauter Herbert Wehners aus und behauptete, dass er im Auftrag des SPD-Parteivorstands handle. Nach anfänglicher Skepsis glaubte Angerer dem vermeintlichen Besucher aus dem Westen. Ein zweiter Besuch folgte. Angerer berichtete seinem ständigen Kontaktmann zur Stasi zwar von diesen ominösen Besuchen, unterschlug jedoch, dass er dabei auch Möglichkeiten der Flucht in die Bundesrepublik erörtert hatte. Am 1. November 1960 zog das MfS dann folgende ernüchternde Bilanz:

»Wenn wir aber weiter an sie als Schwankende und sogar Unwillige Anforderungen stellen, werden sie eines Tages entweder versuchen, die Republik zu verlassen [...], was dann für unsere Arbeit sehr schlecht wäre, oder sie würden zu Westagenten, wenn sie von den richtigen Figuren angesprochen werden.«<sup>24</sup>

Dennoch wurde der Kontakt zu Angerer immer noch nicht abgebrochen. Willy Brandt war auf dem Parteitag der SPD im November 1960 offiziell zum Kanzlerkandidaten seiner Partei gekürt worden. Damit setzte er seinen politischen Aufstieg weiter fort, was zu dieser Zeit weder im Interesse der SED noch der Sowjets war. Bis ins Jahr 1963 folgten weitere Treffen mit Angerer. Der Abschlussbericht der HV A zu dem Vorgang datiert vom 8. Oktober 1965. Daraus geht hervor, dass man weiter in Erwägung gezogen hatte, Angerer gegen Brandt einzusetzen, dann aber feststellen musste, dass er den »Problemen nicht mehr folgen konnte. Aus seinen Worten ging nicht mehr klar hervor, was er selbst wusste und was Annahmen, Spekulationen etc. seinerseits waren bzw. was er gelesen hatte und es wiedergab.«<sup>25</sup>

Der Fall Angerer war für das MfS und speziell für die HV A ein ziemlicher Fehlschlag. Trotz eines enormen Aufwandes war es nicht gelungen, die gewünschten Beweise zu beschaffen und eine größere Diffamierungskampagne gegen Willy Brandt zu initiieren. Außerdem schien Angerer nicht

---

<sup>24</sup> Ebenda, Bl. 235.

<sup>25</sup> Ebenda, Bl. 249.

56.

BStU  
 000582

Berlin, 30. IX. 59

0581

Schweigeverpflichtung

Ich verpflichte mich hiermit durch meine Unterschrift gegenüber jedermann, auch nicht gegenüber meinem nächsten Angehörigen über die Dinge zu sprechen, über die ich während meiner Haftzeit Kenntnis erhalten habe. Das trifft auch auf den Inhalt meiner gesamten Vernehmungen zu, insbesondere auf die Vernehmungen über Willi Brandt und über andere westdeutsche und vorwiegend persönliche Karten zu.

Ich bin mir bewusst, dass eine Verweigerung dieser Schweigeverpflichtung strafrechtliche Folgen nach sich ziehen werden.

G. Angerer

Abb. 6: Haft und Dauerverhöre ließen die Handschrift Angerers zusehends krakeliger werden  
 Quelle: BStU, MfS, AU 4000/65, Bd.1, Bl. 582

»zuverlässig« und belastbar genug, um solch eine Kampagne erfolgreich durchzustehen. So wurde der ganze Vorgang mit dem Vermerk »für Schulungszwecke nicht geeignet« zu den Akten gelegt.

Doch Willy Brandt war für die SED in der Phase der zweiten Berlin-Krise (ab 1958) ein besonders profilierter Gegner, dessen politischen Aufstieg man bei den kommunistischen Machthabern mit Besorgnis betrachtete. Die Stasi arbeitete deshalb auch noch auf anderem Wege gegen ihn. Im Bundestagswahlkampf 1961 operierte sie mit diesem Ziel auch in der Bundesrepublik und schreckte dabei nicht davor zurück, die politische Rechte zu munitio- nieren.<sup>26</sup> Schlüsselfiguren in diesem Spiel waren der bayerische katholisch- konservative Verleger Hans Kapfinger und der Publizist Hans Frederik, die beide Kontakte zur Staatssicherheit hatten. Die Kontakte Kapfingers wer- den in den Memoiren von Markus Wolf thematisiert.<sup>27</sup> Wesentlich enger und stabiler waren jedoch die Beziehungen zwischen Hans Frederik und östlichen Geheimdiensten. Er war nicht nur für das MfS sondern höchst- wahrscheinlich auch für den KGB tätig.<sup>28</sup> Das MfS versorgte ihn mit »belas- tendem Material«, welches seit Anfang der fünfziger Jahre gegen Brandt gesammelt worden war. Neben solchem »Informationsmaterial« wurde Frederik auch mit fertigen Manuskripten sowie mit beachtlichen Geldbe- trägen vom MfS ausgestattet. Auf diese Weise wurden die Herausgabe eines eigenen Nachrichtendienstes, des »PINAR-Dienstes«, und die Gründung eines Verlages ermöglicht, der während des Bundestagswahlkampfes 1961 die Schmähschriften »Die Kandidaten« und »... da war auch ein Mädchen«<sup>29</sup> herausbrachte, letztere unter dem Pseudonym Claire Mortensen. Beide wurden durch einstweilige Verfügung verboten. Das erstgenannte Buch

---

<sup>26</sup> Zu den Diffamierungskampagnen gegen Willy Brandt in der Bundesrepublik vgl. ausführlich Daniela Münkler: »Alias Frahm« – Die Diffamierungskampagnen gegen Willy Brandt in der rechtsgerichteten Presse. In: Dies.: Bemerkungen zu Willy Brandt. Berlin 2013 (2., ergänzte Aufl.), S. 243–270.

<sup>27</sup> Vgl. Markus Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg. München 1999, S. 172.

<sup>28</sup> Vermerk über Hans Frederik von Markus Wolf an Mielke v. 11.3.1975; BStU, MfS, HA II, Nr. 41304, Bl. 10 f. Die guten Beziehungen von Frederik zum KGB lassen sich aus einem Vermerk der HA II/E v. 23.5.1975 herauslesen; ebenda, Bl. 17 f. Vgl. auch Knabe: Die unterwanderte Republik (Anm. 10), S. 120 u. 157 f.; Ders.: Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien. Berlin/München 2001, S. 171, 295 ff.

<sup>29</sup> Vgl. u. a. *Der Spiegel* v. 20.9.1961. In dem Artikel wurde die Buchveröffentli- chung dem CSU-Generalsekretär Friedrich Zimmermann sowie den Verlegern Hans Frederik und Johann Kapfinger zugeordnet.

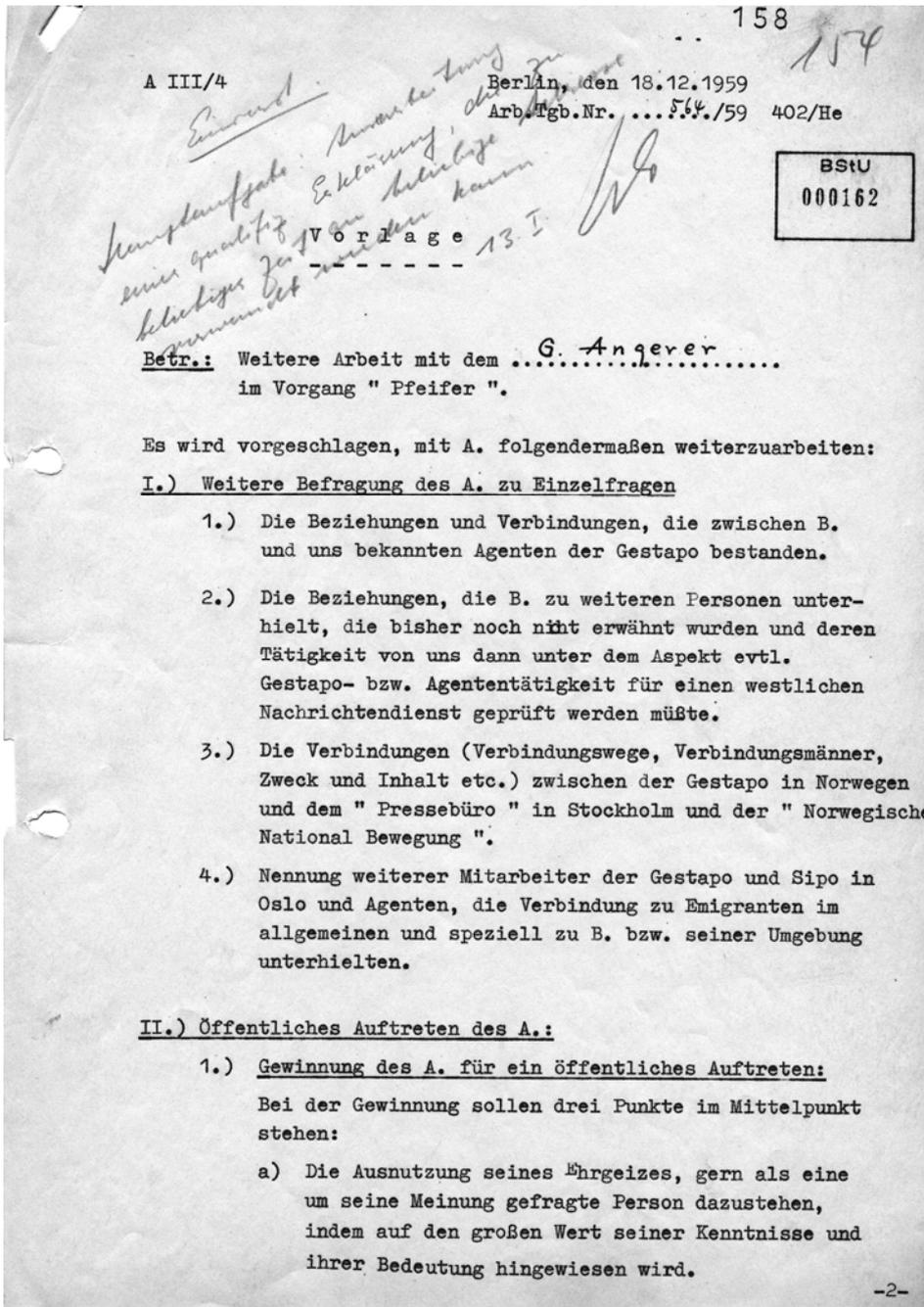


Abb. 7: »Maßnahmeplan« des MfS zur Arbeit mit Georg Angerer  
Quelle: BStU, MfS, AU 4000/65, Bd.2, Bl. 162 u. 163

- b) In Verbindung mit a), daß er durch ein prinzipielles Auftreten seine Fehltritte aus der Vergangenheit gegenüber der Arbeiterklasse wiedergutmachen kann.
- c) Da A. für Geld empfänglich ist, wird die Zahlung eines Honorars in Aussicht genommen.

Bei der Vorbereitung des A. bzw. seine Gewinnung für ein öffentliches Auftreten ist ihm ausdrücklich die verbrecherische Rolle ....Brandt's..... zu erläutern.

2.) Erklärung seines Auftretens vor der Öffentlichkeit unter Berücksichtigung seiner ehemaligen Mitarbeit vor der Gestapo:

Es werden zwei Varianten in Vorschlag gebracht:

- a) A. erklärt, daß er von der Gestapo vor die Alternative gestellt wurde, entweder bei ihnen als Dolmetscher zu arbeiten oder verhaftet und in ein KZ eingeliefert zu werden.  
Er entschied sich für die Mitarbeit, um auf diese Weise für die Widerstandsbewegung tätig sein zu können.  
Er führt einige Beispiele an, die seine Hilfestellung für die Widerstandsbewegung belegen und schließt damit, daß er auch von norwegischer Seite nicht verurteilt wurde und nach seiner Entlassung und kurzem Aufenthalt in Westdeutschland, 1949 in die DDR kam.  
Seine Flucht nach Schweden begründet er mit der Erklärung, daß die Gestapo auf ihn aufmerksam wurde und er sich der Verhaftung durch die Flucht entzog.  
Da er B., sein politisches und persönliches Verhalten aus der Emigrationszeit kennt, hat er sich für die von ihm als ~~so gen. Regierender Bürgermeister von Westberlin~~ durchgeführte Politik besonders interessiert und ist zu der Erkenntnis gelangt, daß B. heute ein noch größerer Verräter an den Interessen der Arbeiterklasse ist, als er damals schon war.  
Da jedoch die von B. durchgeführte Politik heute

beschäftigte sich vor allem mit der Emigrationszeit Brandts. Im letztgenannten versuchte man Brandt durch die Veröffentlichung eines Briefwechsels mit der Journalistin Susanne Sievers, die zeitweilig seine Geliebte gewesen war, fehlende »bürgerlich-moralische« Grundsätze nachzuweisen.<sup>30</sup>

Neben den Materiallieferungen aus dem Ostblock versuchten Frederik und Kapfinger in Norwegen und Schweden Informationen gegen Brandt zusammenzutragen.<sup>31</sup> Da die SPD-Führung befürchtete, dass Frederik im Nachlass von Kurt Heinig, einem Gegenspieler Brandts im Exil aus den Reihen der SPD, fündig werden könnte, veranlasste man den Sohn Heinigs, ihm den Zugang zu den Unterlagen zu verweigern.<sup>32</sup>

Die publizistische Rufmordkampagne wurde dann unter anderem in Kapfingers *Passauer Neue Presse* schon einige Monate vor der Wahl Brandts zum SPD-Kanzlerkandidaten gestartet. Anders als die gescheiterten Versuche des MfS, aus der DDR heraus zu agieren, waren die Aktivitäten seiner Kontakteleute im Westen erfolgreich. Die Resonanz, die die Diffamierungskampagnen gegen den SPD-Kanzlerkandidaten in der Bevölkerung hatten, war enorm. Der Bundestagswahlkampf 1961 spielte eine zentrale Rolle für die Verbreitung diskreditierender Gerüchte und negativer Ansichten über Brandt.<sup>33</sup> Unzählige Schmähbriefe, die Brandt von aufgebrachten Bürgern wegen seines angeblichen Verhaltens in der Emigration bekam, zahllose Hinweise auf diffamierende öffentliche Äußerungen von Bundesbürgern sowie nicht wenige Prozesse, die Brandt in diesem Zusammenhang führte, legen ein beredtes Zeugnis von der Wirkungsmächtigkeit dieser Kampagnen ab.

---

<sup>30</sup> Das Buch »... da war auch ein Mädchen« war auch Gegenstand eines Prozesses von Brandt gegen Susanne Sievers.

<sup>31</sup> Vgl. AsD, WBA, Prozesse, Mappe 17.

<sup>32</sup> Vgl. ebenda, Schreiben Heines an Brandt v. 27.8.1963.

<sup>33</sup> Vgl. *ifas*-Umfrage 1963.

HV A Abt. VII/F

Berlin, den 8. Okt. 1965  
541/EckBStU  
000249Abschlussbericht  
=====Angerer, Georg

Zu A. wurde nach seiner Haftentalssung bis 1963 noch Kontakt in größeren Abständen unterhalten. Es bestand die Absicht, ihn weiterhin zur Mitarbeit am Vorgang "Pfeiffer" heranzuziehen, wozu er auch bereit war.

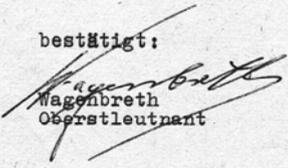
Im Verlaufe der mit ihm durchgeführten Aussprachen konnte festgestellt werden, daß A. den Problemen nicht mehr folgen konnte. Aus seinen Worten ging nicht mehr klar hervor, was er selbst wußte und was Annahmen, Spekulationen etc. seinerseits waren bzw. er gelesen hatte und es wiedergab.

Da ein operativer Nutzen aus dem Kontakt nicht mehr herzuleiten war, wurden die Aussprachen mit A. eingestellt.

Das im Zusammenhang mit der Bearbeitung des A. anfallende Material wird an das Zentral-Archiv abgegeben. Da beim Zentral-Archiv bereits der U-Vorgang über A. abgelegt ist, wird vorgeschlagen, das Material dem U-Vorgang hinzuzufügen.

Das Material ist für Schulungszwecke nicht geeignet.

bestätigt:

  
Wagenbreth  
Oberstleutnant

Referatsleiter

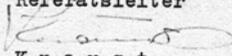
  
Knaust  
Hauptmann

Abb. 8: »Material für Schulungszwecke nicht geeignet«. Der Abschlussbericht im Fall Angerer  
Quelle: BStU, MfS, AU 4000/65, Bd. 2, Bl. 249

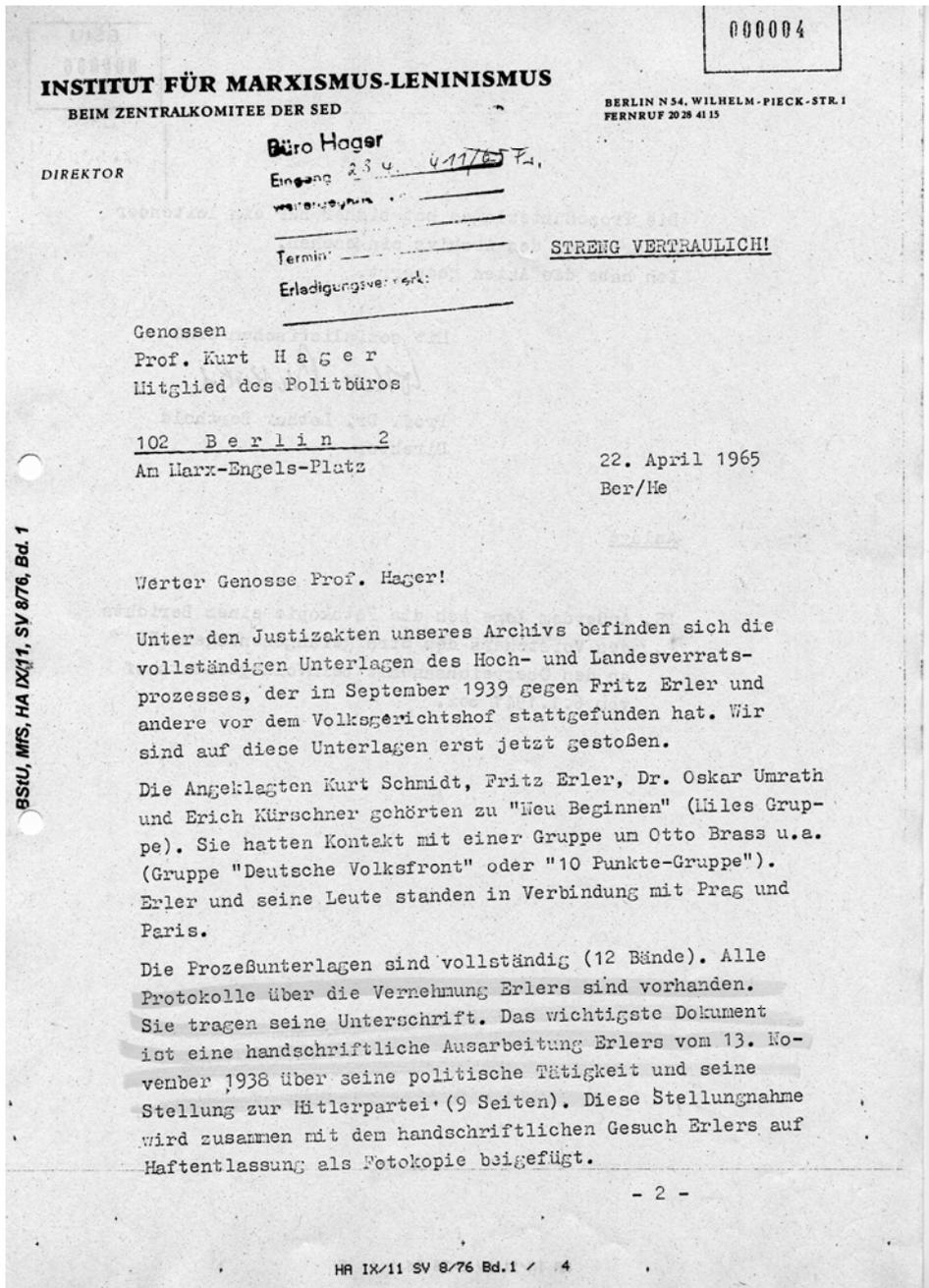


Abb. 9: Brief des Direktors Lothar Berthold an Kurt Hager den »Fall Fritz Erler« betreffend (Auszug)  
Quelle: BStU, MfS, HA IX/11, SV 8/76, Bd. 1, Bl. 4

## Ungebetene Schützenhilfe

Die Einstellung der SED-Führung und damit der Staatssicherheit zu Willy Brandt und seiner Politik änderte sich in den nächsten Jahren und schlug sukzessive mit dem Beginn der Entspannungspolitik in das Gegenteil um – nun galt es den politischen Aufstieg Brandts zu fördern. Ursache für diesen Sinneswandel waren die Erfahrungen mit den Passierscheinverhandlungen, bei denen Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin seine pragmatische Linie auch gegen die Bundesregierung durchgesetzt hatte, sowie die Konzeption seiner neuen Deutschland- und Ostpolitik. Diese unter den Schlagworten »Politik der kleinen Schritte« und »Wandel durch Annäherung« verfolgte Strategie gab der DDR die Hoffnung, dass es unter einem Bundeskanzler Brandt zu der langersehnten staatlichen Anerkennung der DDR kommen könnte. Voraussetzung dafür war jedoch zunächst, dass Brandt, der seit 1964 Parteivorsitzender der SPD war, auch innerparteilich eine Mehrheit für seine deutschland- und ostpolitischen Pläne bekam.

Herbert Wehner und Brandts größter innerparteilicher Konkurrent, Fritz Erler, vertraten im Zuge der sogenannten »Gemeinsamkeitspolitik« einen deutschlandpolitischen Kurs, der eher auf der Linie der CDU lag. In seiner deutschlandpolitischen Rede vor dem Deutschen Bundestag am 30. Juni 1960 hatte Herbert Wehner deutlich gemacht, dass die SPD rückhaltlos zur Bündnis- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung stehe.<sup>34</sup> Im Herbst 1964 erklärte Wehner die »Formel ›Wandel durch Annäherung‹ ist kein Bestandteil sozialdemokratischer Politik«.<sup>35</sup> Erler war in diesen Jahren auf einer Linie mit Herbert Wehner – und dies gilt besonders für die Deutschlandpolitik.

Am 1. Juli 1964 – im Vorfeld des Karlsruher SPD-Parteitages – setzte das SED-Politbüro die Einschätzung der Lage in der SPD auf seine Tagesordnung. Dabei kam man unter anderem zu dem Schluss, dass Willy Brandt derjenige sei, der die »realistischere Strömung« der sozialdemokratischen Politik gegenüber der DDR vertrete.<sup>36</sup> Herbert Wehner und Fritz Erler wurden demgegenüber als »extrem revanchistisch« charakterisiert. Sie verfolgten einen »Kurs der Gemeinsamkeiten mit der CDU« und hätten die Mehr-

---

<sup>34</sup> Vgl. dazu ausführlich Christoph Meyer: Herbert Wehner. Biographie. München 2006, S. 232 ff.

<sup>35</sup> Zitiert nach: ebenda, S. 268.

<sup>36</sup> Vgl. dazu ausführlich Jochen Staadt: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Berlin 1993, S. 112 ff.

heit in der Partei hinter sich.<sup>37</sup> Man konstatierte eine »Differenzierung« innerhalb der SPD in Bezug auf die Frage der Annäherung und Verständigung der beiden deutschen Staaten. In dieser Konstellation galt es aus der Sicht der SED die Politik und Person Willy Brandts zu stärken und so entwickelte das MfS entsprechende Aktivitäten. Dabei ging es um die Beschaffung von kompromittierendem Material zu den innerparteilichen Gegnern von Brandt und die Nutzung informeller Kanäle in seinem Berliner Umfeld.

Es wurde ein Kanal aktiviert, der schon bei den Passierscheinverhandlungen eine Rolle gespielt hatte. Dieser führte von Hermann von Berg, seit 1962 Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im DDR-Pressesamt, der unter dem Decknamen »Günther« für die HV A arbeitete, zu Dietrich Spangenberg, von 1963 bis 1967 Chef der Berliner Senatskanzlei – auf diesen geheimen Kommunikationsweg wird an anderer Stelle noch ausführlich eingegangen. In einem Gespräch zwischen Spangenberg und von Berg am 28. April 1965 kam das Thema Wahlkampfhilfe für die SPD und Willy Brandt zur Sprache. Von Berg war instruiert worden, in dem Gespräch auszuloten »wie sie (die SPD, Spangenberg, Brandt u. a.) sich vorgestellt haben, was wir wirklich tun können, um Brandt und der SPD zum Wahlsieg zu verhelfen. Was gibt es für Ideen?«.<sup>38</sup> Brandt dachte in diesem Zusammenhang vor allem an positive Signale aus der DDR, die die Umsetzung seiner »Politik der kleinen Schritte« realistisch erscheinen lassen würden. So führte Spangenberg, laut Bericht von Bergs, aus, Brandt »erwarte [...] keine Wahlkampfhilfe«, aber er habe ihn »trotzdem beauftragt, einen entsprechenden Versuch zu unternehmen. Es dürfe nur nichts offiziell gemacht werden, weil das verheerende Auswirkungen für die SPD hätte. [...] Für sie sei das A und O hinsichtlich des Wahlkampfes, dass es gelänge, Brandts Politik der kleinen Schritte den westdeutschen Wählern »einzuhämmern«. Das Misstrauen gegen die SED sei sehr stark, vor allem auch in der SPD. [...] Man könne nur auf ganz weite Sicht zunächst äußerst vorsichtig den Versuch machen, in Teilfragen zusammenzuwirken. Man müsste über Jahre hinaus gesehen aber doch den Beweis antreten können, dass eine Zusammenarbeit trotz unterschiedlicher Ideologie zwischen SPD und SED im Interesse der friedlichen Lösung des Deutschlandproblems möglich sei.«<sup>39</sup>

Außerdem sei eine »Zusammenarbeit« mit der SED »gegen die CDU und CSU im Hinblick auf den Wahlkampf nach wie vor nützlich«.<sup>40</sup> Doch trotz

---

<sup>37</sup> Vgl. ebenda, S. 113.

<sup>38</sup> BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 6, Bl. 209.

<sup>39</sup> Ebenda, Bl. 201.

<sup>40</sup> Ebenda, Bl. 202.

anderslautender Bekundungen war die Politik der DDR in den folgenden Monaten nicht besonders »hilfreich«. So wurden beispielsweise die Verhandlungen über ein neues Passierscheinabkommen immer wieder unterbrochen; das Abkommen konnte aus diesem Grund erst nach der Bundestagswahl 1965 unterschrieben werden.<sup>41</sup> Obwohl Brandt angeblich gesagt haben soll, dass ihm zum Gewinnen der Wahl »alle Mittel« recht seien,<sup>42</sup> lässt sich keine Zusammenarbeit mit der SED nachweisen. Das Risiko eines solchen Schulter schlusses wäre wohl auch einfach zu hoch gewesen.

Ein probates Mittel des MfS, das vor allem in den sechziger Jahren zur Anwendung kam, um politischen Druck auszuüben, Personen zu diskreditieren und politische Karrieren zu beenden, war die Offenlegung einer wirklichen bzw. vermeintlichen NS-Verstrickung.<sup>43</sup> Zu diesem Zweck konnte die Staatssicherheit auf Dokumente zurückgreifen, die sie bereits seit den fünfziger Jahren systematisch gesammelt hatte. Bis in die sechziger Jahre wuchs diese Dokumentensammlung zu einem regelrechten NS-Sonderarchiv an, das ab 1968 als Abteilung 11 des MfS-Untersuchungsorgans (HA IX/11) firmierte.<sup>44</sup> Die bekanntesten Kampagnen waren die gegen den Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer (1960), den Staatssekretär im Bundeskanzleramt Hans Globke (1960/61) und Bundespräsident Heinrich Lübke (1966–1968).<sup>45</sup>

Material wurde auch gegen Herbert Wehner gesammelt, im Jahr 1962 dann aber von einer Kampagne abgesehen, da die darin beleuchteten Vorgänge auch die Verhältnisse in der Sowjetunion der dreißiger und vierziger Jahre in ein ausgesprochen schlechtes Licht gestellt hätten. Die Unterlagen wurden jedoch sorgsam aufbewahrt, um sie irgendwann gegebenenfalls doch noch einsetzen zu können.

Auf der Abschussliste der Stasi stand in der ersten Hälfte der sechziger Jahre auch der damalige Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag sowie

---

<sup>41</sup> Zu den Passierscheinverhandlungen des Jahres 1965 vgl. ausführlich Gerhard Kunze: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999, S. 183 ff.

<sup>42</sup> Vgl. BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 6, Bl. 205.

<sup>43</sup> Vgl. dazu allgemein Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die Geheime Vergangenheitspolitik der DDR. Göttingen 2006 (2. Aufl.).

<sup>44</sup> Vgl. dazu ausführlich Knabe: Die unterwanderte Republik (Anm. 10), S. 134 ff.

<sup>45</sup> Vgl. dazu Philipp-Christian Wachs: Der Fall Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte. Frankfurt/M. 2000; Norbert Jacobs: Der Streit um Dr. Hans Globke in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland 1949–1973. Ein Beitrag zur politischen Kultur in Deutschland. Bonn 1992; Rudolf Morsey: Heinrich Lübke. Eine politische Biographie. Paderborn 1996, S. 508 ff.

stellvertretende Parteivorsitzende Fritz Erler.<sup>46</sup> Hier wollte das MfS Willy Brandt, dem eine ähnliche Interessenlage unterstellt wurde, benutzen, indem man ihn mit entsprechendem Material munitionierte. Vermeintlich geeignete Dokumente waren zufällig bei der Sichtung des zentralen Parteiarchivs der SED aufgetaucht. Hier lagerten die Unterlagen des Landes- und Hochverratsprozesses, der 1939 vor dem Volksgerichtshof gegen Erler und andere geführt worden war. Erler, der als Mitglied der Gruppe »Neu Beginnen« illegal politisch aktiv gewesen war, wurde in diesem Prozess zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt und befand sich bis 1945 überwiegend in KZ-Haft.

Am 22. April 1965 informierte der Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus das Politbüromitglied Kurt Hager über den Fund. Gleichzeitig wies er auf die Dokumente hin, die belastend eingesetzt werden könnten – nämlich die Protokolle über die Vernehmungen Erlers und besonders seine handschriftliche Ausarbeitung »über seine politische Tätigkeit und seine Stellung zur Hitlerpartei«. <sup>47</sup> Nach Übergabe der Unterlagen an das MfS legte die HA IX/10 wenige Wochen später einen detaillierten Bericht über den Inhalt und »zur weiteren Auswertung des Materials gegen Erler« vor.<sup>48</sup> Es sollten noch mehr Unterlagen ausfindig gemacht und Zeugen befragt werden, die eine Zusammenarbeit Erlers mit der Gestapo nach seiner Verhaftung belegen würden – was, soviel sei vorweggenommen, nicht gelang.

Gegen Erler verwendet werden sollten Aussagen, die seine Nähe zum Nationalsozialismus dokumentierten und belegten, dass er andere Personen belastet habe. Tatsächlich hatte Erler in den Verhören versucht, sich als »geläutert« und als wertvolles Mitglied der »Volksgemeinschaft« darzustellen. Er betonte, dass er als NSV-Blockwaller tätig gewesen sei und einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP gestellt habe. Außerdem habe er sich im Betrieb außerordentlich engagiert – auch ein leichter antisemitischer Unterton findet sich in einer Vernehmung.<sup>49</sup> Wie Erlers Biograph, Hartmut Soell, betont, handelte es sich hierbei um den verzweifelten Versuch ein milderer Strafmaß zu erreichen.<sup>50</sup> Dennoch: seine Aussagen bei der Gestapo hätten Erler durchaus ins Zwielicht rücken und seiner politischen Karriere schaden können.

---

<sup>46</sup> Vgl. dazu auch Bundestagsgutachten (Anm. 1), S. 274 ff.; Knabe: Der diskrete Charme (Anm. 28), S. 135 f.

<sup>47</sup> BStU, MfS, HA IX/11, SV 8/76, Bd. 1, Bl. 4.

<sup>48</sup> Vgl. ebenda, Bl. 21–32.

<sup>49</sup> Vgl. ebenda, Bl. 28.

<sup>50</sup> Vgl. Hartmut Soell: Fritz Erler – eine politische Biographie. Bonn 1976, S. 50.

Am 31. Mai 1965 verfasste der Generalstaatsanwalt der DDR, Josef Streit, einen Brief an den Parteivorsitzender der SPD. Darin teilte er Brandt mit, dass sie die vollständigen Prozessunterlagen von Erler aus dem Jahr 1939 gefunden hätten. Aus den Unterlagen ergäbe sich, dass Erler Funktionen in der NSV gehabt und um Aufnahme in die NSDAP gebeten habe. Brandt wurde aufgefordert, einen Bevollmächtigten zur Akteneinsicht in die DDR zu schicken.<sup>51</sup> Der Brief wurde von Hermann von Berg über Dietrich Spangenberg an Brandt übermittelt. Über den ganzen *Casus* informierte Willy Brandt die engere SPD-Führung in einer Sitzung am 11. Juni 1965. Aus einem Aktenvermerk von Willy Brandt geht hervor, dass er sich vor der Sitzung mit Fritz Erler und Herbert Wehner beraten hat und sie beschlossen hätten, »nichts zu veranlassen und das Schreiben zu den Akten zu nehmen«.<sup>52</sup> Fritz Erler soll – so die Übermittlung von Bergs an die HV A – in der Sitzung gesagt haben, dass »alles, was an Anschuldigungen darin vorgebracht würde [...] durch die Haft abgegolten und erledigt« sei. »Vieles würde außerdem nicht stimmen. Zum Beispiel wisse er, Erler, gar nichts von Arierungsgeschichten. Außerdem sei bei Gestapo-Verhören laviieren erlaubt.«<sup>53</sup>

Die mehrheitliche Meinung war, dass eine Mitgliedschaft in einer NS-Organisation zu Tarnungszwecken durchaus vertretbar gewesen sei. Außerdem soll auf dieser Sitzung beschlossen worden sein, niemanden zur Akteneinsicht in die DDR zu schicken. Spangenberg habe von Berg des Weiteren berichtet, dass Brandt die

»Sache mit dem Brief etwas unangenehm gewesen [sei], weil es so aussehen und ausgelegt werden könnte, als wenn er, Willy Brandt, zu den Kommunisten einen besonderen Draht hätte, um Material gegen Erler »wegen sonstiger Rivalitäten mit diesem« zu bekommen.«<sup>54</sup>

---

<sup>51</sup> Vgl. BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 6, o. P. Schreiben von Generalstaatsanwalt Streit an Willy Brandt v. 31.5.1965.

<sup>52</sup> Aktenvermerk v. 14. Juni 1965 in: Archiv der sozialen Demokratie, Dep. Egon Bahr, 1/E A A 1000787.

<sup>53</sup> BStU, MfS, HVA 212, Bl. 128.

<sup>54</sup> Ebenda, Bl. 129.

Verteiler:

1. Gen. Wibr. ✓
2. " Wibr. ✓
3. " St. ✓
4. AG
5. Ablage
6. Akte F

BStU  
000128

15.6.1965

5. Ex.

Ablage

543 65

Einzelinformation

über

**Außerungen eines leitenden Westberliner Mitarbeiters aus der engsten Umgebung von Willy Brandt zu dem Brief des Generalstaatsanwaltes der DDR an Willy Brandt**

Ein leitender Mitarbeiter aus der engsten Umgebung von Willy Brandt äußerte sich am 14.6.1965 zu dem am 1.6.1965 übergebenen Brief des Generalstaatsanwaltes der DDR an Willy Brandt wie folgt:

In der Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 11.6.1965 hat Willy Brandt den Brief dem Parteivorstand zur Kenntnis gegeben. Wehner und Erler haben an dieser Sitzung teilgenommen. Erler soll nach Bekanntgabe des Inhaltes des Briefes folgende Position bezogen haben. Alles, was an Anschuldigungen darin vorgebracht würde, sei durch seine Haft abgegolten und erledigt. Vieles würde außerdem nicht stimmen. Zum Beispiel wisse er, Erler, gar nichts von Arisierungsgeschichten. Außerdem sei natürlich bei Gestapo-Verhören lavieren erlaubt.

Der Parteivorstand soll beschlossen haben, keinen Beauftragten zum DDR-Generalstaatsanwalt zwecks Einsichtnahme in dort vorhandene Unterlagen zu entsenden.

Der leitende Funktionär berichtete ferner, daß der SPD-Parteivorstand die Meinung vertreten haben soll, daß eine Mitgliedschaft

HVA Nr. 212 / 128

Abb. 10: Einzelinformation der HV A, die die Vorgänge um das Schreiben des Generalstaatsanwaltes der DDR an Brandt zum Inhalt hat  
Quelle: BStU, MfS, HV A 212, Bl. 128 u. 129

in einer NS-Organisation durchaus zur Abdeckung vertretbar gewesen sei. Der Funktionär bemerkte dazu, daß ja diese Taktik nach von den Kommunisten angewandt wurde, z.B. durch Gesandten Kegel.

Der Funktionär bemerkte ferner: Brandt sei die Sache mit dem Brief etwas unangenehm gewesen, weil es so aussehen und ausgelegt werden könnte, als ob er, Willy Brandt, zu den Kommunisten einen besonderen Draht hätte, um Material gegen Erler "wegen sonstiger Rivalitäten mit diesem" zu bekommen.

Brandt hat den Funktionär beauftragt, dem Berichterstatter noch folgendes mitzuteilen:

Falls Generalstaatsanwalt Streit trotz dieser Darstellung meine, daß er Material zur Widerlegung dieser Auffassung besäße, dann solle er entsprechende Kopien bitte über den Berichterstatter an den Funktionär zu Brandt weiterreichen.

Trotz dieser Bedenken soll Brandt Spangenberg aufgefordert haben, von Berg mitzuteilen, dass sofern

»Generalstaatsanwalt Streit trotz dieser Darstellung [Erlers] meine, dass er Material zur Widerlegung dieser Auffassung besäße, dann solle er entsprechende Kopien bitte über den Berichterstatter [von Berg] an den Funktionär [Spangenberg] zu Brandt weiterreichen.«<sup>55</sup>

Dass die Aussage Brandts zutreffend wiedergegeben sein könnte, wird durch die Tatsache nahegelegt, dass ein zweiter Brief mit Material übergeben wurde. Für die Übergabe dieser zweiten Sendung, Anfang Juli 1965, von Generalstaatsanwalt Streit in der »Sache Erler« über Spangenberg an Willy Brandt wurde die Gesprächsstrategie für von Berg von der HV A festgelegt:

»Bei der Übergabe ist gegenüber Sp[angenberg] zu bemerken, dass der Brief verschlossen ist, und es nicht angebracht erscheint, ihn in deiner Anwesenheit zu öffnen. Sollte nach dem Inhalt gefragt werden, so kann man – je nach Fragestellung – etwa wie folgt reagieren: Es handelt sich um den Vorgang Erler. Eigentlich wollten wir ja nicht so recht, aber sie sagten mir ja, dass ihr Chef Interesse hätte, etwas in die Hände zu bekommen.«<sup>56</sup>

Die Übergabe verlief dann anders als von der Stasi geplant, da Spangenberg den Brief mit der Bemerkung öffnete, nichts, was aus der DDR komme, ungesehen an Brandt weiterzuleiten. Außerdem hob er hervor, dass »wahrscheinlich die Auseinandersetzung über diese Frage vor der Wahl der Partei erheblichen Schaden zufügen könne. So gesehen könne der Brief auch damit keine Wahlhilfe für die SPD darstellen.«<sup>57</sup> Der Brief war insofern brisant, da er neben der erneuten Aufforderung die Erler-Dokumente in der DDR einsehen zu lassen, die Kopie der handschriftlichen, kompromittierenden Aufzeichnungen Erlers für die Gestapo enthielt.<sup>58</sup> Was mit dem Material geschah, lässt sich nicht mehr rekonstruieren.<sup>59</sup> Es ist durchaus denkbar, dass man einfach nur wissen wollte, was die DDR gegen einen führenden Sozialdemokraten in der Hand hatte.

---

<sup>55</sup> Ebenda.

<sup>56</sup> BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 6, Bl. 160.

<sup>57</sup> Ebenda, Bl. 152.

<sup>58</sup> Vgl. ebenda, [o. P.]. Schreiben von Generalstaatsanwalt Streit an Willy Brandt vom 30.6.1965.

<sup>59</sup> So behauptet Knabe ohne Beweise, dass Brandt das SED-Material gegen Erler eingesetzt habe; vgl. Knabe: Der diskrete Charme (Anm. 28), S. 135. Henry Leide sagt hingegen, dass sich die Vorgänge nicht mehr rekonstruieren lassen, vgl. Leide: NS-Verbrecher (Anm. 43), S. 411. Auch das Bundestagsgutachten bringt hier keine neuen Erkenntnisse.

Die Gesprächskonzeption, die Hermann von Berg mitgegeben worden war, vermerkt weitere wichtige Hinweise auf das Herangehen der Staatsicherheit. Es wurden allerdings, laut den Aufzeichnungen von Bergs, nicht alle Punkte erörtert:

»Unser ganzes Feuer richtet sich vielmehr gegen Erhard und dessen Kriegs- und Notstandspolitik. [...] Wie soll es also weitergehen? Was erwarten sie zum Beispiel in der Passierscheinfrage? Wir könnten die Erler-Sache hochspielen; über den Verrat Wehners gibt es Akten und Untersuchungen bei uns und bei dessen Haltung uns gegenüber hätten wir gar keinen Grund, uns Zurückhaltung aufzuerlegen. Und schließlich liegt noch manches andere wohlverwahrt in unseren Schränken. Wie stellt sich die SPD das konkret vor?«<sup>60</sup>

Wie die Antwort auf diese Fragen aussah, ist nicht überliefert. Die Sache scheint weitgehend im Sande verlaufen zu sein und wurde wahrscheinlich von den Ereignissen überholt. 1966 musste Erler wegen einer schweren Krebserkrankung aus seinen Ämtern ausscheiden und die Bildung der großen Koalition im gleichen Jahr beendete die Konstellation, in der derartige Interventionen aus DDR-Sicht einen Sinn haben konnten.

---

<sup>60</sup> BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 6, Bl. 164.

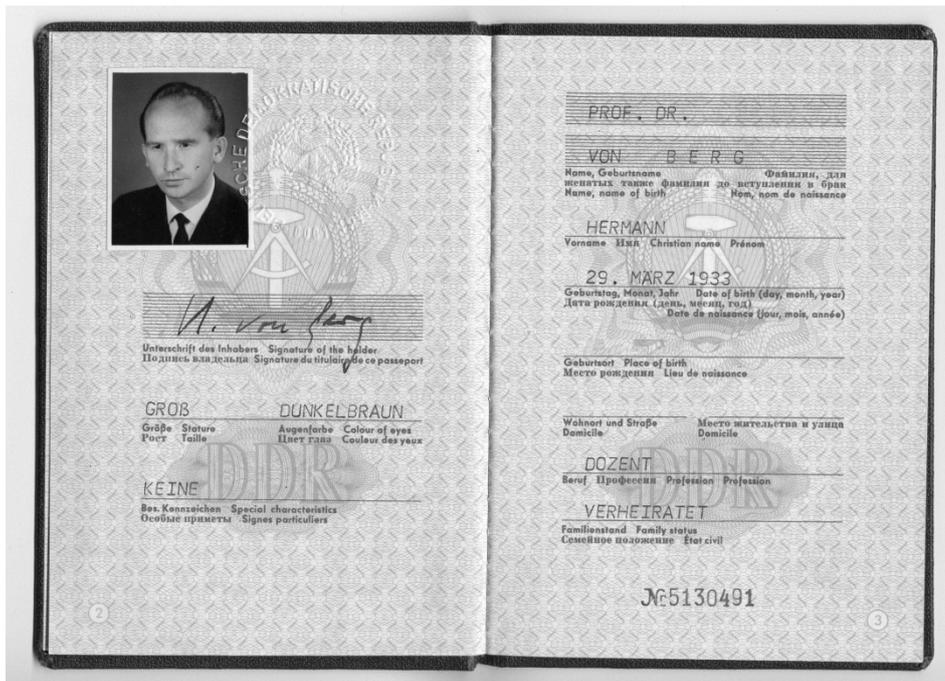


Abb. 11: Reisepass von Hermann von Berg  
 Quelle: BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 6

## Direkte Drähte zur Stasi? Spione und geheime Kanäle

Von Beginn der politischen Karriere Brandts an, seit Mitte der fünfziger Jahre, bis zum Rücktritt vom Amt des SPD-Parteivorsitzenden im Jahr 1987, waren die Staatssicherheit und damit auch die SED-Führung gut über seine politischen Pläne und Absichten informiert. Dies beinhaltete auch Konflikte in der SPD, in ihren höheren Führungsgremien, politische Ränkespiele, Intrigen sowie Probleme bei der Durchsetzung neuer Politikvorhaben in der SPD und ab 1966 auch in der Bundesregierung. Die Quellen für diese Informationen waren vielfältig. Neben der Auswertung der sogenannten »Westmedien« waren es einige wenige inoffizielle Mitarbeiter, die im Umfeld von Brandt platziert werden konnten – mit dem gleichzeitigen Höhe- und Tiefpunkt des Falles »Günter Guillaume«. Daneben waren auch »geheime Kanäle« wichtige Informationsquellen. Diese dienten nicht nur dem MfS zur »Informationsgewinnung« und zu einer angestrebten Einflussnahme auf die deutsch-deutschen Beziehungen, sondern waren in den Zeiten, als es noch keine geregelten politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR gab, auch für die bundesdeutsche und vor allem Westberliner Seite wichtig. Inoffizielle Kanäle waren im Vorfeld der neuen Ostpolitik notwendig, um die Sondierungen zu führen, die letztlich in Verhandlungen und vertragliche Regelungen mündeten – dies gilt für die Passierscheinabkommen der sechziger Jahre genauso wie für die Vorbereitungen zu den deutsch-deutschen Vertragswerken der siebziger Jahre.

Die herausragende Bedeutung der »geheimen Kanäle« beginnt 1962/63, als es darum ging, die dringendsten durch den Mauerbau geschaffenen humanitären Probleme zu lösen. Sie schufen die Voraussetzungen für die Passierscheinverhandlungen. Besonders wichtig sind sie während der Kanzlerschaft Willy Brandts in der Phase bis zur Unterzeichnung des Grundlagenvetrag Ende 1972. Sie als Symptome einer »Unterwanderung« oder gar »Lenkung« der bundesdeutschen Politik im Allgemeinen und der Sozialdemokratie im Speziellen zu betrachten,<sup>61</sup> geht an der Realität vorbei,<sup>62</sup> auch wenn die »geheimen Drähte« zwischen Ost- und Westberlin bzw. Bonn und Ostberlin zeitweise durchaus heißgelaufen sind.

---

<sup>61</sup> Vgl. u. a. Knabe: Die unterwanderte Republik (Anm. 10), passim.

<sup>62</sup> Dies ist auch das Ergebnis des vom BStU vorgelegten Bundestagsgutachtens.

## Geheime Kanäle

Eine Schlüsselfigur im Geflecht der geheimen DDR-Verbindungen zum Umfeld von Willy Brandt war Hermann von Berg, langjähriger Leiter der für die »Westpresse« zuständigen Abteilung des DDR-Pressesamtes und inoffizieller Mitarbeiter der Abteilung X (»Aktive Maßnahmen«) der HV A.<sup>63</sup> Im Unterschied zu anderen Vorgängen der HV A, zu denen man wenig sagen kann, weil der Aktenbestand dieser Dienstseinheit 1990 größtenteils vernichtet wurde, sind im Fall Hermann von Bergs relativ viele Informationen überliefert, weil gegen ihn 1978 eine umfangreiche Untersuchung in Gang gesetzt wurde. Er wurde verdächtigt, das am 2. und 9. Januar 1978 im *Spiegel* veröffentlichte »Manifest der SED-Opposition« verfasst zu haben.<sup>64</sup> Diese Untersuchung wurde von der Hauptabteilung II (Spionageabwehr) geführt, sie enthält zahlreiche Dokumente, die im Zuge der langjährigen IM-Tätigkeit Bergs für die HV A entstanden waren, und ist als zwölfbändiges Konvolut in der Geheimen Ablage der Staatssicherheit überliefert. Damit handelt es sich um ein außergewöhnlich gut dokumentiertes Beispiel für das Agieren der HV A im Umfeld der SPD bzw. Willy Brandts.

Hermann von Berg, geboren 1933, war bereits im Jahr 1959 von der damaligen Hauptabteilung V (Vorläufer der HA XX) des MfS als IM angeworben worden. Berg war damals als FDJ-Funktionär in der »gesamtdeutschen Arbeit« der Universität Leipzig tätig – ein Feld, auf dem das MfS alles unter Kontrolle haben wollte und daher intensiv Quellen anwarb. Unter dem Decknamen »Günther« wurde er 1962 von der Abteilung VII F der HV A, dem Vorläufer der Abt. X, übernommen, die für die politische Einflussnahme in der Bundesrepublik durch »aktive Maßnahmen« und »Desinformation« zuständig war.<sup>65</sup> Von Berg hatte bereits während seiner Zeit als Studentenfunktionär zahlreiche Verbindungen nach Westberlin und in die Bundesrepublik zu anderen Studentenvertretern aufgebaut. Aus dieser Zeit stammten mehrere Kontakte, die er im Auftrag der HV A nach dem Mauerbau reaktivierte.

---

<sup>63</sup> Vgl. dazu auch Knabe: Die unterwanderte Republik (Anm. 10), S. 31 ff.

<sup>64</sup> In Folge der Veröffentlichung dieses Textes wurde auch das *Spiegel*-Büro in Ostberlin geschlossen; Vgl. dazu ausführlich: Dominik Geppert: Störmanöver. Das »Manifest der Opposition« und die Schließung des Ost-Berliner »Spiegel«-Büros im Januar 1978. Berlin 1996.

<sup>65</sup> Vgl. HVA, Abt. X: Einschätzende Bemerkungen zum Vorgang »Günther«, 18.11.1977; BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 1, Bl. 8–17, hier 8.

Nahezu zeitgleich mit seiner Übergabe an die HV A wurde von Berg Leiter der Abteilung internationale Verbindungen im Presseamt des Ministerrates der DDR. In dieser Funktion konnte er sich seinen westdeutschen Gesprächspartnern als direkter Draht zum DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph präsentieren – eine perfekte Legende. Dieser Draht existierte zwar auch in der Realität und die Informationen, Briefe, Nachrichten, Gesprächs- und Verhandlungsangebote kamen bei den Empfängern in der Partei- und Staatsführung der DDR an, sie liefen jedoch zuvor über Schreibtische der zuständigen Mitarbeiter in der HV A, vor allem über den des Leiters der Abteilung X, Rolf Wagenbreth, und den von Markus Wolf persönlich.

Inwieweit die westdeutschen Gesprächspartner diese Verbindungen zum MfS ahnten, lässt sich nicht genau rekonstruieren. Allerdings kursierte seinerzeit im Westen das Gerücht, von Berg sei Oberst des MfS, und die HV A scheint darüber nicht betrübt gewesen zu sein, weil es die Bedeutung ihres Mannes unterstrich.<sup>66</sup> In einem stasiinternen »Auskunftsbericht« über den Journalisten Klaus Ellrodt, der zeitweise als Mittelsmann zwischen von Berg und seinen Gesprächspartnern aus der SPD fungierte, ist unter anderem ausgeführt, dass sich dieser aufgrund eines Vorfalls mit einem nicht übermittelten Brief an von Berg in seinen Vermutungen bezüglich der Zusammenarbeit von Bergs »mit den Sicherheitsorganen der DDR« bestätigt fühle. Ellrodt habe betont, »dass das ihn und seine Auftraggeber auch jetzt nicht störe«.<sup>67</sup>

Wie bereits erwähnt, suchte man nach dem Mauerbau vor allem von Westberliner Seite nach Möglichkeiten, um mit der DDR über humanitäre Fragen, insbesondere über Besuchsmöglichkeiten von Westberlinern im Osten der Stadt, ins Gespräch zu kommen. Willy Brandts neue deutschland- und ostpolitischen Konzeptionen, die in Ansätzen schon in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre konzipiert waren, wurden nach dem 13. August 1961 weiterentwickelt.<sup>68</sup> Besonders für Berlin galt zunächst das Motto: »Wenn die Mauern nicht wegzukriegen ist, müssen wir sie durchlässiger machen«.<sup>69</sup> Die ersten wichtigen Schritte in diese Richtung waren die Passierscheinabkommen (1963–1966), die der Berliner Senat unter Führung Willy Brandts gegen den Widerstand von Teilen der Bundesregierung

---

<sup>66</sup> Ebenda, Bl. 11.

<sup>67</sup> Vgl. Auskunftsbericht zu Klaus Ellrodt. In: BStU, MfS, HA II/6, 1108, Bl. 3–31, hier 20 f.

<sup>68</sup> Vgl. dazu Peter Bender: Die »Neue Ostpolitik« und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung. München 1996 (4. Aufl.), S. 78 ff.; Schmidt: Kalter Krieg (Anm. 8), passim.

<sup>69</sup> Egon Bahr: Zu meiner Zeit. München 1996, S. 161.

durchsetzen musste.<sup>70</sup> Bei den Sondierungen zum ersten Passierscheinabkommen im Dezember 1963 spielte der Kanal, der von Hermann von Berg über den Leiter des Berliner FAZ-Büros, Hansjakob Stehle, zum Senatssprecher und Brandt-Vertrauten Egon Bahr führte, erstmals eine erhebliche Rolle.<sup>71</sup> In den folgenden Jahren gewannen die Kontakte von Bergs noch an Bedeutung.

Seit den ersten Passierscheinverhandlungen von 1963 bestanden demnach relativ stabile informelle Verbindungen nach Ostberlin. Zentraler Akteur auf Westberliner Seite war Egon Bahr, damals Chef des Presse- und Informationsamtes des Senates, der für weitere Sondierungsgespräche mit Ostberlin an einer festen Verbindung zum DDR-Presseamt interessiert war. Als ausgesprochen geeignet erscheinender Ansprechpartner fungierte hier Hermann von Berg, denn dieser war seit Mitte der fünfziger Jahre mit Dietrich Spangenberg, dem damaligen Chef der Berliner Senatskanzlei, gut bekannt. Spangenberg leitete bis 1958 hauptamtlich das »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« des Verbandes deutscher Studentenschaften (VDS) und war in dieser Funktion mit Hermann von Berg mehrfach in Kontakt gewesen. Gleiches gilt für Klaus Ellrodt, der in dieser Zeit Pressereferent des VDS war. Schon in seiner Rolle als Studentenfunktionär befließigte sich Hermann von Berg im Auftrag der Hauptabteilung XX »einer kritischen (liberalen) Haltung gegenüber den sozialistischen Verhältnissen in der DDR«.<sup>72</sup> So erschien von Berg als idealer Ansprechpartner, um politische Sondierungen bei den politisch Verantwortlichen in der DDR zu organisieren. In der Folgezeit bildete sich eine Art Netzwerk zwischen Hermann von Berg, westdeutschen Journalisten und einigen SPD Politikern – zum Teil in wechselnden Konstellationen – heraus. Auf der SPD-Seite agierten vor allem Egon Bahr und Dietrich Spangenberg, in der Regel waren aber journalistische Mittelsmänner, vor allem Klaus Ellrodt (*ZDF*) und Dettmar Cramer (*FAZ*), sowie teilweise Hansjakob Stehle (*FAZ*), Peter Bender (*WDR*) und Karlheinz Vater (*Spiegel*), bei den Kontakten zwischengeschaltet.<sup>73</sup> Zu Spangenberg, Ellrodt und Cramer wurden von der HV A zwar eigene Vorgänge mit dem Ziel einer Anwerbung eröffnet, »eine nachrichtendienstli-

---

<sup>70</sup> Zu den Passierscheinverhandlungen allgemein vgl. Kunze: Grenzerfahrungen (Anm. 41), S. 48 ff.

<sup>71</sup> Vgl. dazu auch ebenda, S. 82 ff. u. Roger Engelmann: »Die Mauer durchlässiger machen«: Die Politik der Reiseerleichterungen. In: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Die Mauer. München 2011, S. 211–226, hier 213.

<sup>72</sup> HV A, Abt. X: Einschätzende Bemerkungen zum Vorgang »Günther«, 18.11.1977; BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 1, Bl. 8–17, hier 9.

<sup>73</sup> Ebenda, Bl. 9 f.

che Nutzung wurde [jedoch] nicht erreicht«, wie die HVA 1977 rückblickend feststellte.<sup>74</sup> Ellrodt wurde offenbar sogar vom KGB angesprochen. Er wurde zeitweise von der Stasi ständig observiert.<sup>75</sup> Willy Brandt – darauf wird noch einzugehen sein – war spätestens ab Mai 1964 über den Kanal zu Hermann von Berg bestens informiert und nutzte ihn auch.

Berg blieb bis zum Abschluss des Grundlagenvertrages und zum Teil noch darüber hinaus ein wichtiger Akteur bei der informellen Kommunikation zwischen Willy Brandt und der DDR-Führung. Er wurde nach Einschätzung der HVA von seinen westdeutschen Gesprächspartnern sehr geschätzt, wegen

»seiner Schlagfertigkeit und spritzigen, ironischen Art der Gesprächsführung; [...] der ständigen Betonung, ein Stoph-Vertrauter zu sein, der auch das Wohlwollen der Genossen Ulbricht und Honecker genießt; [...] dem leichtfertigen Umgangston [...], der ihn sehr ›anziehend‹ macht für westliche Journalisten«.<sup>76</sup>

Hermann von Berg verließ 1970 das Presseamt, wurde Hochschuldozent und ab September 1972 Professor an der Humboldt-Universität Berlin. Die HVA wollte ihn seit Beginn der siebziger Jahre »schrittweise« von seiner IM-Tätigkeit in der Bundesrepublik zurückziehen, weil er angesichts der erfolgten Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen für die DDR nicht mehr so wichtig war und aufgrund seiner Charaktereigenschaften als nur begrenzt zuverlässig galt. Die HVA bemängelte das »unbeherrschte und unkontrollierte Handeln« ihres IM und schätzte ihn als »sehr leichtfertig im Umgang mit diffizilen Angelegenheiten« ein.<sup>77</sup>

Wie man allerdings im November 1971 feststellen musste, war die westdeutsche Seite keineswegs geneigt, den Draht nach Osten aufzugeben. Also entwickelte die HVA im November 1971 einen Plan B:

»Die von uns praktizierte schrittweise Zurücknahme des IM ›Günther‹ aus den politischen Kontakten, wurde von seiten der westdeutschen Gesprächspartner immer wieder unterlaufen. Es gibt hier offenbar intensive Bemühungen, den IM im Gespräch zu halten. [...] Der Versuch Bahrs, während der letzten Verhandlungsrunde in Berlin eine Begegnung mit dem IM herbeizuführen, war ein vorläufiger Höhepunkt. Für den Fall einer Wiederholung wird folgende Verhaltensweise angestrebt: Bei erneuten Bemühungen Bahrs wird einer Begegnung mit diesem zugestimmt. [...] Bei einer Zusammenkunft mit B[ahr] entschuldigt sich ›Günther‹ für das Nichtzustandekommen der erwünschten ersten Begeg-

---

<sup>74</sup> Ebenda, Bl. 10.

<sup>75</sup> Vgl. BStU, MfS, HA VII/RF/1757/16.

<sup>76</sup> Ebenda, Bl. 10 f.

<sup>77</sup> Ebenda, Bl. 11.

nung. »Günther« erklärt seinen jetzigen persönlichen Status. Seinem persönlichen Wunsch folgend, habe er sich ganz der Wissenschaft verschrieben. [...] Eine spätere Rückkehr in die Politik sei nicht ausgeschlossen, aber das sei von vielen Faktoren abhängig [...] Ausgehend von dieser Lage sei er sicherlich ein schlechter Gesprächspartner«. <sup>78</sup>

Von Berg blieb jedoch weiter als »Gesprächspartner« im Spiel, was auch daran gelegen haben könnte, dass er möglicherweise auch für den KGB arbeitete. <sup>79</sup> Wie sehr von Berg bei seinen westlichen Ansprechpartnern geschätzt wurde, unterstreicht eine eher kuriose Begebenheit: Bei einem Gespräch am 20. Juni 1972 im Bundeskanzleramt, welches auf Einladung Egon Bahrs zustande gekommen war und bei dem es vor allem um den Grundlagenvertrag ging, überreichte »Bahr [von Berg] ein persönliches Geschenk in Form einer Gedenkmünze mit den Konterfeis der für die Ratifizierung Verantwortlichen Brandt, Scheel und Bahr mit der Bemerkung, Genosse Kohl <sup>80</sup> habe diese Münze schon mehrfach erbeten, »aber er bekomme sie nicht«. <sup>81</sup>

Die Münze landete dann offenbar umgehend beim MfS. <sup>82</sup>

Wie funktionierte nun der Kommunikationskanal zwischen Willy Brandt und der DDR-Seite. Soviel sei vorweg gesagt: Zu persönlichen Treffen zwischen von Berg und Willy Brandt ist es offenbar nur einmal 1970 im Salonwagen gekommen, als der Bundeskanzler auf der Fahrt nach Erfurt zu seinem Treffen mit dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph war. Noch im Jahr 1965 wurde das Ansinnen, direkte Gespräche zwischen Brandt und von Berg zu organisieren, von Spangenberg als »absolut undenkbar« zurückgewiesen. <sup>83</sup> Die öffentliche Meinung zu dieser Zeit war immer noch stark durch den Kalten Krieg geprägt, was gegenüber der DDR eine strikte Abgrenzung bedeutete. <sup>84</sup> Außerdem wäre von Berg auch von seinem Rang

---

<sup>78</sup> BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 10, Bl. 1a.

<sup>79</sup> Vgl. Dettmar Cramer: *Unterwegs. Ein Rückblick nach über achtzig Jahren*. Selbstverlag o. O., (2. Aufl. 2013), S. 108–110.

<sup>80</sup> Gemeint ist der offizielle Verhandlungsführer der DDR, Michael Kohl, Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR.

<sup>81</sup> Vermerk o. D. zum Protokoll der HV A, Abt. X, über ein Gespräch mit Egon Bahr am 20.6.1972; BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 10, Bl. 236.

<sup>82</sup> HV A, Abt. X: Einschätzende Bemerkungen zum Vorgang »Günther«, 18.11.1977; BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 1, Bl. 8–17, hier Bl. 12.

<sup>83</sup> Vgl. BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 6, Bl. 156.

<sup>84</sup> Vgl. dazu Manuela Glaab: *Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung. Einstellungen und Regierungspolitik in der Bundesrepublik 1949 bis 1990*. Opladen 1999, S. 337 ff.

Berlin, den 9.11.1971

Konzeption zur Weiterführung der Kontakttätigkeit  
des IM "Günther"

Die von uns praktizierte schrittweise Zurücknahme des IM "Günther" aus den politischen Kontakten, wurde von seiten der westdeutschen Gesprächspartner immer wieder unterlaufen. Es gibt hier offenbar intensive Bemühungen, den IM im Gespräch zu behalten. Reduzierten sich diese Bemühungen auch im wesentlichen darauf, daß der westdeutsche Journalist Cramer den direkten Kontakt suchte, fehlte es nie an Hinweisen auf auszurichtende Grüße von Ehmke, Spägenberg und Bahr. Der Versuch Bahrs, während der letzten Verhandlungsrunde in Berlin eine Begegnung mit den IM herbeizuführen, war ein vorläufiger Höhepunkt. Für den Fall der Wiederholung wird folgende Verhaltensweise angestrebt.

- Bei erneuten Bemühungen Bahrs wird einer Begegnung mit diesem zugestimmt.
- Der IM selbst sucht über Cramer oder telefonischer Vereinbarung einen Gesprächstermin
- Bei einer Zusammenkunft mit B. entschuldigt sich "Günther" für das Nichtzustandekommen der erwünschten ersten Begegnung. "Günther" erklärt seinen jetzigen Status. Seinem persönlichen Wunsche folgend, habe er sich ganz der Wissenschaft verschrieben. Sein Ziel sei es, ordentlicher Professor für Geschichte zu werden, was auch in Kürze erreicht sein könnte.
- Eine spätere Rückkehr in die Politik sei nicht ausgeschlossen, aber das sei von vielen Faktoren abhängig, die nicht nur mit dem persönlichen Willen zu erklären sind. Ausgehend von dieser Lage sei er sicherlich ein schlechter Gesprächspartner, da er den

Abb. 12: Strategieplan der HV A für das Auftreten des IM »Günther«  
Quelle: BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 10, Bl. 1a

her kein adäquater Gesprächspartner für den Regierenden Bürgermeister gewesen. Wären zeitgenössisch solche geheimen Kontakte unter direkter Beteiligung Willy Brandts publik geworden, hätte das wahrscheinlich das Ende seiner politischen Karriere bedeutet. So waren nur wenige in der SPD in die Existenz des Kanals zu von Berg eingeweiht. Im April 1966 sollen dies neben Spangenberg selbst nur Brandt, Wehner und Bahr gewesen sein.<sup>85</sup>

Von Berg wurde von der HV A in der Regel mit genauen Vorgaben ausgestattet, was bei den Gesprächen wie kommuniziert werden sollte – und dies oft von Erich Mielke oder Markus Wolf persönlich.<sup>86</sup> Dabei wurde versucht, den einen oder anderen Trick aus der Kiste der psychologischen Gesprächsführung einzubauen. Das Aufgabenfeld von Bergs als IM »Günther« war von der HV A klar definiert:

»Die nachrichtendienstliche Aufgabenstellung bestand für den IM neben der [...] Übergabe inoffizieller Materialien der Partei- und Staatsführung in der Einholung von Informationen zum jeweiligen aktuellen Gegenstand und der operativen Personenbearbeitung. [...] Die bis 1973 eingeholten Informationen hatten zeitweilig einen hohen Stellenwert und beeinflussten die politischen Handlungen der Partei- und Staatsführung. »Günther« wurde hierfür mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Silber ausgezeichnet.«<sup>87</sup>

In manchen Fällen scheinen die Aufgaben darüber hinausgegangen zu sein. Jedenfalls war von Berg auch für die ostdeutsche Seite ein sehr wichtiger Kanal. Markus Wolf erinnert sich durchaus zutreffend:

»Über Medienvertreter kam er in Kontakt zu Politikern, zunächst vor allem in West-Berliner Senatskreisen. [...] So wurde er allmählich zu einer Art Sonderbotschafter für die Geheimdiplomatie zwischen den deutschen Staaten – zumindest müssen seine westlichen Gesprächspartner das so sehen. Von Bergs Position in der DDR wurde in der Bundesrepublik überschätzt. Manche hielten ihn für einen Oberst des MfS, andere für einen wichtigen politischen Berater des Ministerpräsidenten Willi Stoph. Das brachte ihn immer wieder in verzwickte Situationen, denn wirkliche Verhandlungsvollmacht hatte er nicht.«<sup>88</sup>

---

<sup>85</sup> Vgl. BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 9, Bl. 225.

<sup>86</sup> BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 1, Bl. 13.

<sup>87</sup> BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 1, Bl. 10. Handschriftlich ist dann allerdings noch vermerkt, dass die Informationen von von Berg »stets kritisch bewertet« worden seien und manches nur zur Orientierung genutzt wurde. Da es sich um einen Untersuchungsbericht gegen von Berg handelt, kann es durchaus sein, dass diese nachträgliche Einschränkung dazu diene, den Wert und damit den Verlust des IM herunterzuspielen.

<sup>88</sup> Wolf: Spionagechef (Anm. 27), S. 237 f.

Anfänglich fanden die Gespräche, in der Regel vermittelt über Klaus Ellrodt, mit Dietrich Spangenberg in Westberlin statt, oft in Ellrodts Wohnung, manchmal bei Spangenberg zu Hause oder in seinem Büro. Gelegentlich traf man sich auch in Ostberlin oder an anderen Orten in der DDR. In einem Bericht des IM »Günther« vom 29. April 1965 werden die Kommunikationsbeziehungen und die Rolle von Brandt folgendermaßen beschrieben:

»Was unsere Gespräche angehe, so wisse nur Brandt und Ellrodt, sonst kein anderer davon. Er, Spangenberg, mache schon aus Sicherheitsgründen über unsere Begegnungen keine schriftlichen Aufzeichnungen. Er informiere Brandt lediglich mündlich [...] Wenn Sie wissen wollen, von wem ich den Auftrag bekam, Herrn Ellrodt vorzuschicken, dann muss ich Ihnen sagen, dass ich hierüber selbstverständlich mit meinem Chef gesprochen habe. Er gibt Aufträge lieber an einen von uns, denn er hält auch wenig von den ›Bonner Baracken<sup>89</sup>-Kreaturen«. [...] Brandt sei der Ansicht, wir sollten uns öfter begegnen, aber Sinn und Zweck solle sein, dass gegenseitig Informationen ausgetauscht und vor allem bestimmte Dinge, die aus den Äußerungen der Politiker nicht stets so einwandfrei zu verstehen wären, erläutert würden.«<sup>90</sup>

Der »geheime Kanal« zu von Berg blieb in den nächsten Jahren nicht nur bestehen, sondern er schien immer wichtiger zu werden. Die Kommunikationswege variierten und einige Personen kamen hinzu, andere fielen weg. Mit dem Wechsel Brandts von Berlin nach Bonn Ende 1966 wurde nun Egon Bahr der wichtigste Gesprächspartner und unter den journalistischen Mittelsleuten vor allem der Bonner *FAZ*-Korrespondent Dettmar Cramer. In Berlin blieb jedoch der Kanal von Berg–Ellrodt–Spangenberg zunächst weiter bestehen.

Nach der Vereidigung Willy Brandts zum Bundeskanzler im Oktober 1969 fand ein Treffen zwischen Bahr, Cramer und von Berg in Bahrs Wohnung in Hangelar bei Bonn statt. Dabei ging es vor allem darum, wie man zukünftig den Informationsaustausch mit von Berg organisieren könne, da sich die Lage durch die Regierungsübernahme der sozial-liberalen Koalition grundsätzlich geändert habe. Nachdem festgestellt worden war, dass diese Begegnung »absolut geheim« bleiben müsse, führte Bahr – laut Bericht von Bergs – aus:

»Er habe [...] im Auftrage des Bundeskanzlers dem Berichterstatter mitzuteilen: Jetzt sei ›eine Kleiderordnung‹ unumgänglich. Es sei angegangen, dass der Berichterstatter als Ministerialdirektor der Regierungsinstanz Stoph mit dem Ver-

---

<sup>89</sup> So wurde die SPD-Parteizentrale in Bonn genannt.

<sup>90</sup> Bericht des IM »Günther« über ein Gespräch mit Spangenberg am 28.4.1965; BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 6, Bl. 272–281, hier 272 f. u. 275.

waltungschef der Senatskanzlei Verbindung gehalten habe, aber es gehe nicht an, einen ›Funktionslosen‹ mit dem Staatssekretär des Bundeskanzleramtes oder dem Staatssekretär des Bundespräsidenten verhandeln zu lassen. [...] Ausdrücklich als persönliche Meinung deklariert sagte Bahr, er sei sehr stark daran interessiert, mit dem Berichterstatter ›über politische Dinge‹ nicht nur zu sprechen, sondern zu verhandeln. [...] Bahr erklärte wörtlich: ›Lassen Sie sich zum Staatssekretär beim Ministerrat, als Sonderbotschafter oder zu sonst was ernennen, sonst können wir uns nicht mehr sehen.«<sup>91</sup>

Dazu kam es nicht. Von Berg wechselte 1970 – wie bereits erwähnt – an die Humboldt-Universität Berlin. Weitere Treffen fanden bis zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Dezember 1972 statt, danach wurden diese laut Stasi »auf ein Minimum beschränkt«.<sup>92</sup> Am 24. Januar 1972 fand eines dieser zahlreichen Treffen zwischen Bahr und von Berg statt. Dort führte Bahr – laut Bericht der HV A – aus, weshalb dieser Kanal so wichtig sei. Dabei wird deutlich, welche Vorstellungen sich Bahr über die Anbindung seines Kontaktpartners machte:

»Er [Bahr] sei und das sei abgesprochen, jetzt wieder stark daran interessiert, mit dem Berichterstatter Probleme der laufenden Verhandlungen, aber auch Perspektivfragen zu besprechen. Bedauerlicherweise gebe es keine zuverlässige Verbindung zu den beiden Regierungschefs. [...] Man wisse nie, wohin die Informationen gingen. [...] Ihm gehe es um eine direkte Übermittlung an Herrn Stoph. Dabei ginge man in Bonn davon aus, dass dies identisch sei mit einer Übermittlung an Honecker. [...] Man wisse, dass eine gemeinsame Position dieser Herren äußerst wichtig sei, um überhaupt in den Verhandlungen DDR-BRD weiterzukommen. Mit dem Berichterstatter spräche er deshalb, weil man in Bonn davon ausgehe, dass dieser das Vertrauen der Regierungschefs genieße. Folgern würde man das aus den zurückliegenden Kontakten, besonders vom Dialog sowie von Erfurt und Kassel her.«<sup>93</sup>

Willy Brandt war von Beginn an oder zumindest sehr früh über diese inoffiziellen Sondierungsgespräche mit Hermann von Berg informiert und gab seinerseits auch konkrete Aufträge für Gesprächsthemen. Das geht aus den Unterlagen hervor und ist auch kaum anders denkbar. Obwohl Brandt von der Wichtigkeit und Notwendigkeit dieses Kanals für die Realisierung seiner deutschlandpolitischen Ziele überzeugt gewesen zu sein scheint, blieb er doch skeptisch und mahnte besonders anfänglich zur Vorsicht, denn er traute dem Emissär aus Ostberlin und seinen Auftraggebern nicht wirklich

---

<sup>91</sup> BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 8, Bl. 248 f.

<sup>92</sup> HV A, Abt. X: Einschätzende Bemerkungen zum Vorgang »Günther«, 18.11.1977; BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 1, Bl. 8–17, hier 10.

<sup>93</sup> BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 10, Bl. 21 f.

über den Weg. So hatte er Bedenken, »dass zu gegebener Zeit die Gespräche öffentlich in die Welt hinausposaunt würden«, sobald das für die DDR-Seite »von politischem Nutzen sein« könne.<sup>94</sup> Im Juli 1965 soll er Spangenberg sogar ausdrücklich »vor der Verbindung zu Berg kameradschaftlich gewarnt« haben. Es sei

»damit zu rechnen [...], dass das Presseamt früher oder später von diesen Dingen Gebrauch machen würde und der Tag kommen kann, wo veröffentlicht wird, wann [von] Berg wie oft bei Spangenberg gewesen sei.«<sup>95</sup>

Solche Befürchtungen waren sicherlich nicht unbegründet, letztlich scheinen sie aber keine große Rolle gespielt zu haben. Solange die DDR-Seite eigene Interessen verfolgte, konnte auch ihr nicht daran gelegen sein, die »geheimen Kanäle« aufzudecken zu lassen. Auf der sicheren Seite war man hier allerdings nicht, denn die deutschlandpolitische Linie der DDR war durchaus Wandlungen unterworfen – zum Jahresende 1966 erfolgte zum Beispiel eine erhebliche Verhärtung, die sich insbesondere auch in der Haltung der SED gegenüber der SPD ausdrückte.<sup>96</sup> Sie ging allerdings nicht so weit, dass die DDR ein überwiegendes Interesse an der propagandistischen Nutzung von Informationen zu den geheimen Sondierungen gehabt hätte.

Im Ganzen verwundert die Breite der Themen, die bei den Treffen mit von Berg zur Sprache kamen, wenn der eine oder andere westdeutsche Gesprächspartner ins Plaudern geriet. Dem Spitzen-IM »Günther« gelang es offenbar, in den Gesprächen eine Atmosphäre zu verbreiten, die seine Gesprächspartner die gebotene Vorsicht manchmal vergessen ließ. Im Rückblick stellte die HV A fest, dass ihn sein »leichtfertiger Umgangston« »anziehend für westliche Journalisten u. a. Gesprächspartner« gemacht habe.<sup>97</sup>

Von Berg überbrachte bei den Sondierungen im Vorfeld der Vertragsverhandlungen die Forderungen der DDR und nahm die Forderungen der westlichen Seite mit in die DDR zurück. Den Inhalt der Gespräche protokollierte er minutiös für die HV A. Außerdem spielte er Postbote auf hohem Niveau – er übermittelte Briefe von Ulbricht an Bundeskanzler Kiesinger und an Willy Brandt. Er war in den Briefwechsel und den Redneraustausch zwischen SED und SPD im Jahr 1966 sowie in die Treffen von Brandt und Stoph 1970 in Erfurt und Kassel involviert.<sup>98</sup> Darüber hinaus wurden Mög-

---

<sup>94</sup> BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 6, Bl. 200.

<sup>95</sup> Ebenda, Bl. 156.

<sup>96</sup> Vgl. u. a. Staadt: Westpolitik (Anm. 36), S. 225 ff.

<sup>97</sup> BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 1, Bl. 11.

<sup>98</sup> Vgl. dazu ausführlich Jan Schönfelder/Rainer Ericces: Willy Brandt in Erfurt. Berlin 2010, bes. S. 19 ff.

lichkeiten der Wahlkampfhilfe für die SPD im Jahr 1965 genauso wie innerparteiliche Machtkämpfe und Ränkespiele erörtert. Mancher westdeutsche Gesprächspartner ließ sich auch dazu hinreißen, in Anwesenheit von Hermann von Berg über politische Mitstreiter herzuziehen oder diese ins schlechte Licht zu rücken, so dass die HV A gut über die Position Brandts innerhalb der SPD, seine politischen Widersacher und Freunde im Bilde war. Von Berg war es auch, der im Vorfeld Gespräche über Möglichkeiten der Manipulation des Misstrauensvotums gegen Willy Brandt im Jahr 1972 führte. Insgesamt kann bilanziert werden, dass die DDR-Seite sicherlich von den Informationen, die bei den Kontakten von Hermann von Berg abgeschöpft wurden, profitierte. Die Offenherzigkeit gegenüber dem unkonventionellen DDR-Emissär, die sich bei dem bundesdeutschen Gesprächspartner durch die langjährige Verbindung ergab, ging sicherlich manchmal über das hinaus, was nötig und angebracht gewesen wäre. Dennoch kann nicht die Rede davon sein, dass sich die bundesdeutsche Seite bei den Vertragsverhandlungen dadurch manipulieren ließ.



Abb. 13: SPD-Wahlplakat zur Bundestagswahl 1972

### **Rettung einer Regierung**

Zweimal beeinflusste die Staatssicherheit – einmal gewollt und einmal ungewollt – den Werdegang von Willy Brandt: beim gescheiterten Misstrauensvotum 1972 und bei seinem Rücktritt 1974. Mit der Regierungsübernahme durch die sozial-liberale Koalition im Oktober 1969 unter Bundeskanzler Willy Brandt änderte sich für die SED-Führung und damit auch für das MfS die Situation grundlegend. Dies ging auch mit einer abermaligen politischen Neubewertung Willy Brandts einher. Markus Wolf charakterisierte die damalige Stimmung bei den Entscheidungsträgern in der DDR folgendermaßen:

»In der SED-Führung herrschte anfangs Uneinigkeit darüber, wie die neue Bonner Regierung zu beurteilen sei. Die Konfrontationspolitik Adenauers und seine Kooperation mit ehemaligen Nazis hatte ein klares Feindbild geschaffen. Dass der Weg zum Sozialismus dem vorzuziehen war, hatte für viele in der DDR außer Frage gestanden. Diese klare Frontstellung geriet ins Wanken, als der Antifaschist Brandt Kanzler wurde und nach Osten die Hand der Verständigung ausstreckte. Die Furcht vor dem Einfluss sozialdemokratischen Gedankenguts

und »ideologischer Diversion« vor allem auf die Intellektuellen in der DDR machte sich breit.«<sup>99</sup>

Dass diese Befürchtungen nicht ganz unbegründet waren und sich nicht nur auf Intellektuelle bezogen, hatte bereits der öffentliche Zuspruch gezeigt, den Willy Brandt bei seinem Besuch in Erfurt erfahren hatte. Die politischen Gefahren, die für die SED mit der Entspannungspolitik einhergingen, änderten allerdings nichts daran, dass die DDR-Führung ein vitales Interesse an ihrem Gelingen und insbesondere an einem Abschluss und Inkrafttreten der unterschiedlichen deutsch-deutschen Verträge hatte, weil das die Grundlage für die anvisierte Anerkennung als vollwertiges Mitglied der Staatengemeinschaft war.

Im Frühjahr 1972 war der Weg dahin erst zur Hälfte absolviert. Zwar waren wichtige Vertragswerke der neuen Ostpolitik der sozial-liberalen Regierung bereits unterzeichnet – der Moskauer und der Warschauer-Vertrag schon im Jahr 1970 und das Transitabkommen als Zusatz zum Vier-Mächte-Abkommen im Dezember 1971. Auch die Verhandlungen zum Verkehrsvertrag standen kurz vor dem Abschluss. Willy Brandt hatte für seine Entspannungs- und Aussöhnungspolitik mit dem Ostblock im Oktober 1971 den Friedensnobelpreis bekommen. Doch im April 1972 war noch keiner dieser Verträge vom Bundestag ratifiziert. Zudem war der für die DDR entscheidende »Grundlagenvertrag«, der eine Formalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten beinhalten sollte, noch nicht ausgehandelt.

Die neue Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Regierung spaltete die bundesdeutsche Politik und Öffentlichkeit: Zwar war die Zustimmung zur Entspannungspolitik in der Bevölkerung gewachsen, doch das konservative Lager, große Teile der CDU/CSU und die Vertriebenenverbände sahen in der Ostpolitik den Verrat deutscher Interessen, die Preisgabe ihrer Heimat und die Kapitulation vor den Kommunisten. Dementsprechend aufgeheizt war die Situation, als Ende Februar 1972 im Bundestag die Debatte über die Ostverträge, deren Ratifizierung noch ausstand, begann.

Es kam hinzu, dass einige Mitglieder aus dem Regierungslager zur Opposition übergewechselt waren. Dadurch schrumpfte die ohnehin dünne Mehrheit der Koalition zusehends und es bestand die Gefahr, diese ganz einzubüßen. Die CDU/CSU sah ihre Chancen steigen, die Regierung zu Fall zu bringen und mit einem Bundeskanzler Rainer Barzel wieder an die Macht zu kommen. Bereits im Februar 1972 – also zwei Monate bevor das Misstrauensvotum gegen Willy Brandt im Deutschen Bundestag einge-

---

<sup>99</sup> Wolf: Spionagechef (Anm. 27), S. 244.

bracht wurde – präsentierte Barzel, der mit anderen Spitzenpolitikern der Union seit Jahren eine eigene, intensive Diplomatie mit der US-amerikanischen Regierung pflegte, einem Mitarbeiter der amerikanischen Botschaft in Bonn eine Namensliste mit einem kompletten Kabinett für eine CDU/CSU geführte Regierung.<sup>100</sup>

Die Lage für Willy Brandt und seine Regierungskoalition wurde also zusehends brenzlicher, was weder der DDR-Regierung noch der Stasi verborgen blieb und zusätzlich durch Informationen aus erster Hand, die auch über Hermann von Berg zur HV A gelangten, Nahrung erhielt. Ein Scheitern von Brandt und seiner Regierung zu diesem Zeitpunkt wäre für die DDR-Führung mehr als ungünstig gewesen. Der weitere Fortgang der Verhandlungen mit der Bundesregierung wäre damit wieder völlig offen bzw. sogar ein vollständiger Abbruch nicht unwahrscheinlich gewesen.

In dieser Situation kam es am 21. März 1972 zu einer Unterredung zwischen Hermann von Berg und Egon Bahr über das weitere Vorgehen im Hinblick auf einen »Normalisierungsvertrag« zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Dabei fragte von Berg, welche Maßnahmen gegen die CDU/CSU getroffen werden könnten. Nach einer Konsultation mit Brandt und Ehmke antwortete Egon Bahr, man sei von dieser Frage überrascht und jetzt nicht in der Lage, »sofort darauf zu antworten«. »Sie empfänden es aber als äußerst wichtig sich darüber zu verständigen«.<sup>101</sup> Daraufhin fand am 24. März 1972 im Dienstzimmer von Egon Bahr ein weiteres Gespräch zu diesem Thema statt.<sup>102</sup> Zu diesem Zeitpunkt ging es noch nicht um das vier Wochen später eingebrachte Misstrauensvotum, sondern um die Sicherung der Mehrheit für die Ratifizierung der Ostverträge in der Bundestags-sitzung am 27. April. Während der Unterredung – so von Berg – wurde auch erörtert, ob »bestimmte Abgeordnete finanziell zu beeinflussen oder zu kaufen« seien. In diesem Zusammenhang habe Bahr gesagt:

»Das sage ich nur unter uns Pastorentöchtern, das muss absolut verschwiegen bleiben. Wir sind mehreren Spuren nachgegangen, um zu prüfen, ob sich solche Möglichkeiten ergeben. Wir hatten das ernsthaft vor, aber wir sind doch noch

---

<sup>100</sup> Vgl. Bernd Schäfer: Die Gewöhnungsbedürftigkeit deutschen Selbstbewusstseins: Die Nixon-Administration und Willy Brandts SPD an der Macht. In: Werner Kremp; Michael Schneider (Hg.): Am Sternenbanner das Geschick der Arbeiterklasse. 150 Jahre Beziehungen zwischen deutscher Sozialdemokratie und den USA. Trier 2013, S. 239–251, hier 240 f.

<sup>101</sup> HV A, Abt. X, Gespräch mit Staatssekretär Egon Bahr am 21.3.1972; BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 10, Bl. 110–116., hier 111.

<sup>102</sup> HV A, Abt. X, Gespräch mit Staatssekretär Egon Bahr am 24.3.1972; BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 10, Bl. 90 f.

rechtzeitig zurückgeschreckt, es waren nur gestellte Fallen.« Im Einzelnen sagte Bahr noch, wenn die Bundesregierung Dossiers hätte, dann hätte sie schon längst davon Gebrauch gemacht. Sie hätten einiges im Hinblick auf die Nazivergangenheit, aber das sei völlig nutzlos in der Anwendung.«<sup>103</sup>

In den folgenden Wochen dramatisierte sich die Lage weiter: Nachdem die Koalitionsparteien seit 1970 bereits vier Abgeordnete an die CDU/CSU verloren hatten, trat am 23. April 1972 noch der FDP-Abgeordnete Wilhelm Helms zur CDU über. Außerdem erklärten zwei weitere FDP-Abgeordnete (Knut von Kühlmann-Stumm und Gerhard Kienbaum), dass sie gegen Brandt abstimmen würden. Eine Mehrheit der Regierungskoalition im Bundestag war damit nicht mehr vorhanden. Der große Wahlerfolg der CDU bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 23. April, sie hatte mit 52,9 Prozent die absolute Mehrheit erreicht, ermutigte die Parteiführung um Rainer Barzel, nun der Regierung und ihrer Ostpolitik endgültig den Todesstoß zu versetzen. Am 25. April wurde der Antrag auf die Abwahl des Bundeskanzlers gestellt. Am gleichen Tag traf sich Egon Bahr mit Michael Kohl in Westberlin. Kohl unterbreitete dort offenbar den Vorschlag, Stimmen für Brandt zu kaufen. In dem Bericht über dieses Gespräch ist unter anderem vermerkt:

»Die Opposition versuche Stimmen mit Angeboten von einer halben Million zu kaufen. Die Regierung würde mit denselben Mitteln arbeiten. Bahr bedankte sich für das Angebot von unserer Seite, hier helfend einzugreifen. Das sei wirklich nicht nötig, was möglich wäre, würde versucht.«<sup>104</sup>

Dass die Bundesregierung nicht darauf erpicht war, mit Hilfe der DDR an der Macht zu bleiben, leuchtet ein. Etwas verwunderlich ist jedoch die Tatsache, dass derart heikle Fragen so offen mit Abgesandten des SED-Regimes besprochen wurden. Dass Willy Brandt von all diesen Gesprächen Kenntnis hatte, ist möglich oder sogar wahrscheinlich. Die SED-Führung scheint zu diesem Zeitpunkt schon fest entschlossen gewesen zu sein, durch die HVA die nötigen

---

<sup>103</sup> Ebenda. Egon Bahr stellt hierzu fest: Die in den Stasi-Unterlagen überlieferten Berichte von Hermann von Berg enthalten missverständliche oder falsche Darstellungen, wonach er 1972 im Zusammenhang mit dem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt mit der DDR über Stimmenkauf gesprochen haben soll. Nach seiner Erinnerung haben derartige Gespräche mit Hermann von Berg nicht stattgefunden und er habe die ihm von der Stasi bzw. Hermann von Berg zugeschriebenen Äußerungen demzufolge nicht gemacht. Telefonat mit Egon Bahr am 15.10.2013.

<sup>104</sup> HVA, Abt. X, Gespräch mit Staatssekretär Egon Bahr in Westberlin am 25.4.1972; BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 10, Bl. 188–190, hier 189.

Stimmen für Brandt zu kaufen oder hatte sie bereits gekauft – in jedem Fall war sie auf der Suche nach Bundestagsabgeordneten, die für Geldzahlungen empfänglich waren. Offenbar scheint in dieser Lage die Bestechung von Abgeordneten auf allen Seiten als probates Mittel angesehen worden zu sein, um die eigenen politischen Ziele zu erreichen. Diese skandalösen Vorgänge unterstreichen, wie polarisiert und aufgeheizt die politische Stimmung in der Bundesrepublik Anfang der siebziger Jahre war. Die Ost- und Deutschlandverträge wurden zur Schicksalsfrage der deutschen Nation hochstilisiert.

Sollte der Antrag der Union erfolgreich sein, riet Bahr der DDR-Regierung und den Sowjets: »die ›Schwarzen‹ am ausgestrecktem Arm verhungern« zu lassen, denn dann bliebe alles bis zu den nächsten Bundestagswahlen »liegen« – was sich wiederum positiv für die SPD auswirken würde – also eine Wahlkampfhilfe für die Sozialdemokraten.<sup>105</sup> Markus Wolf beschreibt im Rückblick Perspektive und Kenntnisstand der HVA folgendermaßen:

»Unsere Quellen meldeten, dass CDU und CSU, insbesondere Strauß und Marx<sup>106</sup>, vielfältige Aktivitäten entfalteten, um Abgeordnete der Regierungskoalition für ein Votum gegen die Verträge und damit gegen Brandt zu gewinnen. [...] Mit den gekauften Stimmen schien der Union ein Sieg sicher. Die Ratifizierung der Verträge wäre gescheitert. In Moskau wurde Honecker von Breschnew belehrt, die Verträge hätten epochale Bedeutung, weil sie den Frieden in Europa für die nächsten zwanzig, fünfundzwanzig Jahre sicherten. [...] Über die Kontakte Hermann von Bergs zu Bahr, Schütz, Spangenberg, Ahlers und Flach wurde nach Wegen gesucht, der Brandt-Regierung politisch zu helfen.«<sup>107</sup>

Am 27. April 1972 fand dann schließlich die Abstimmung über das Misstrauensvotum im Deutschen Bundestag statt. Die Union gab sich siegessicher. Bei der SPD war man skeptischer – Horst Ehmke als Chef des Kanzleramtes ließ »vorsichtshalber« die Akten einpacken.<sup>108</sup> Das Ergebnis ergab für Rainer Barzel 247 Stimmen, 249 wären aber für einen Erfolg erforderlich gewesen. Zwei Stimmen aus der Union fehlten. Spekulationen schossen sogleich ins Kraut. Im Mai 1973 gab der Bundestagsabgeordnete Julius Steiner aus Baden-Württemberg in einem Interview nicht nur zu, dass er am 27. April 1972 gegen Barzel gestimmt habe, sondern dass er dafür die Summe

---

<sup>105</sup> Ebenda, Bl. 189.

<sup>106</sup> Gemeint ist der CDU-Abgeordnete Werner Marx (1924–1985).

<sup>107</sup> Wolf: Spionagechef (Anm. 27), S. 260 f.

<sup>108</sup> Vgl. Horst Ehmke: Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit. Berlin 1994, S. 156.

Berlin, den 25. 4. 1972  
533/Bek

157  
BSU  
000188

Gespräch mit Staatssekretär Egon Bahr am 25. 4. 1972  
in Westberlin

Gespräche Bahr/Kohl vom heutigen Tage

1. Bahr sagte, daß er nach seiner Rückkehr den Bundeskanzler sofort unterrichtet habe. Der Kanzler lasse den 1. Sekretär grüßen. Er wisse sehr wohl zu schätzen was möglich ist. Der Kanzler berate gegenwärtig in einer kleinen Koalitionsrunde. Er, Bahr, warte noch auf Antwort. Da Kabinett wolle man das heute nicht beraten, da sonst der Inhalt nach außen dränge. Wahrscheinlich tage das Kabinett am Freitag, um den Termin der Paraphierung zu bestätigen.

Für heute Nacht habe er, Bahr, vor, den Text einer gemeinsamen Erklärung mit Kohl zu erarbeiten und den Vertragstext soweit wie möglich fertig zu machen. Da Hinblick auf Westberlin seien die DDR-Formulierungen gefährlich vage, da müsse man noch einiges präzisieren. Das sei sicherlich möglich, man sei über die Katze gekommen, also käme man auch noch über den Schwanz. Da das Ergebnis der Verhandlungen hochzuspielen und die gemeinsame Erklärung noch wirksamer zu machen, beabsichtige er morgen mit einer Sondermaschine der DDR ab Schönefeld nach Bonn zu fliegen, um beim Kanzler Bericht zu erstatten. Dann könnten auch gleich die notwendigen Konsultationen und Abstimmungen mit den Alliierten geführt werden.

2. Ob am Freitag das Kabinett noch tagen könne, sei fraglich. Er müsse als ehrlicher Mann eingestehen, daß die Chancen 50 : 50 stünden. Das Mistrauensvotum

Abb. 14: HV-A-Bericht über ein Treffen von Egon Bahr und Michael Kohl am 25. April 1972 in Westberlin  
Quelle: BStU, MfS, GH 25/87, Bd. 10, Bl. 188 u. 189

sei von Kohl gestellt, von Schröder und Strauß unterstützt worden. Katzer & Co. hätten hätten versucht diese Sache zu verhindern; Barzel habe zuerst geglaubt, zwischen beiden Gruppen davonkommen zu können. Katzers Beweggründe erklärten sich daraus, daß es in den Betrieben grummele und sich in Bonn die Telefone heiß liefen. Katzer fürchte, daß seine Leute vom DGB zerrieben würden. Kohl hoffe, daß Schröder Kanzlerkandidat würde, weil man annehme, daß Schröder mit der FDP kooperieren könne und auch schwankende Abgeordnete zur CDU ziehen könne. Bahr hält diese Überlegung für eine Fehlkalkulation. Seines Erachtens bekomme Schröder als Kanzlerkandidat noch weniger Stimmen als Barzel.

3. Sie seien durchaus nicht so fein, wie der Bericht-  
erstatter dünkte. Die Opposition versuche Stimmen mit  
Angeboten von einer halben Million zu kaufen. Die  
Regierung würde mit denselben Mitteln arbeiten.  
Bahr bedanke sich für das Angebot von unserer Seite,  
hier helfend mit einzugreifen. Das sei wirklich nicht  
nötig, was möglich wäre würde versucht. Er wiederholte  
seine früher schon dargelegte Auffassung, daß dies  
auch psychologisch sehr kompliziert sei, da man gegen  
ehrliche Überzeugungen schlecht mit Geld etwas erreichen  
könne.
4. Im Falle eines Scheiterns der Regierung am 27. 4. 1972  
hielte es Bahr für die beste Politik, wenn die UdSSR  
und die DDR "die 'Schwarzen' am ausgestreckten Arm  
verhungern ließen". Dann bliebe alles bis zu den  
Bundestagswahlen von 1973 liegen. Nowikow und Falin  
hätten am Montag, dem 24. 4. 1972, erklärt, alles  
laufe wie besprochen. Es gelte die in Moskau und auf  
der Krim vereinbarte Linie, und man müsse das ein-  
fach durchsetzen.

von 50 000 DM von SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand erhalten habe. Außerdem sei er Doppelagent.<sup>109</sup> Die öffentliche Empörung war enorm, der Imageverlust für Brandt und seine Regierung groß. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss wurde eingesetzt, lieferte aber kein wirkliches Ergebnis. Wienand hat seine Beteiligung an der Bestechung immer bestritten. Dass die Stasi hier entsprechend aktiv war, ist seit längerem bekannt. Markus Wolf schrieb dazu:

»Ich erinnerte mich an den CDU-Parlamentarier Julius Steiner aus Baden-Württemberg, der sich zu einer mittelmäßigen Informationsquelle entwickelt hatte und dafür regelmäßige Geldzuwendungen bekam,<sup>110</sup> ich stellte aus unserer Kasse 50 000 DM zur Verfügung, um Steiner zur Stimmabgabe gegen das Misstrauensvotum zu bewegen.«

Angesichts des engen Zeitrahmens zwischen Einreichen des Antrages für ein konstruktives Misstrauensvotum und der Abstimmung ist davon auszugehen, dass die Staatssicherheit nur Personen angesprochen hat, zu denen sie im Vorfeld bereits eine – wie auch immer geartete – Verbindung hatte. Im Falle Julius Steiners ist davon auszugehen, dass er seit 1970/71 Kontakte zu hauptamtlichen Mitarbeitern der HV A hatte. Für das Frühjahr 1973 sind acht Informationslieferungen nachweisbar. Bei den weitergegebenen Informationen handelte es sich vor allem um Interna aus der CDU/CSU.<sup>111</sup>

Da eine gekaufte Stimme nicht gereicht hätte, um das Misstrauensvotum scheitern zu lassen, wurde die Stasi wohl noch in einem weiteren Fall aktiv. Wie im Jahr 2000 bekannt wurde, war es der CSU-Abgeordnete Leo Wagner, der sich ständig in finanzieller Not befand und offenbar bestechlich war. Anders als bei Steiner lässt sich bei Wagner keine direkte Verbindung zum MfS feststellen. Wagner ist wahrscheinlich durch einen Mittelsmann, den Journalisten Georg Fleissmann, der als IM »Dürer« für die HV A tätig war, angesprochen worden.<sup>112</sup>

Der Chef der DDR-Spionage, Markus Wolf, und der 1. Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, hielten sich zugute, die Regierung Brandt gerettet zu haben. Letzterer erzählte wenige Tage später, nicht ohne Stolz, seinem rumänischen Amtskollegen Ceaușescu von dem gelungenen Coup:

»Das heißt, wir haben unsererseits entsprechend unserer gemeinsamen, koordinierten Linie auf außenpolitischem Gebiet viele Maßnahmen getroffen, um

---

<sup>109</sup> Vgl. dazu u. a. *Der Spiegel* v. 4.6.1973.

<sup>110</sup> Wolf: Spionagechef (Anm. 27), S. 261.

<sup>111</sup> Zur Aktenlage im Fall Steiner vgl. Bundestagsgutachten, S. 242 f.

<sup>112</sup> Vgl. ebenda, S. 265.

der Regierung Brandt die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durch den Bundestag zu erleichtern. Wir hatten die verschiedensten Aussprachen, auch über interne Kanäle. An und für sich haben wir fast alles getan, wovon man annehmen könnte, dass es die Position der Regierung Brandt bei der Ratifizierung der Verträge stärkt, und wir haben noch kurz vor der Behandlung des Misstrauensvotums, das durch die CDU/CSU im Bundestag gestellt wurde, bestimmte Maßnahmen getroffen, um die Regierung Brandt zu stützen. Es ist also die groteske Lage eingetreten, dass wir als die stärksten Helfer für die Stabilisierung der Regierung Brandt auftreten mussten. Wir haben das getan, weil diese Regierung selbstverständlich für uns angenehmer ist als eine Regierung unter Leitung von Barzel und Strauß.«<sup>113</sup>

Willy Brandt hat sich zu den Bestechungen in seinen Erinnerungsbüchern – wenn auch zurückhaltend – geäußert. In dem 1976 erschienenen Band »Begegnungen und Einsichten« heißt es nur: »Meine Vermutung im Vorfeld sei ›Korruption‹ im Spiel gewesen, hat sich nicht in beweiskräftiger Form erhärten lassen.«<sup>114</sup> In seinen Erinnerungen aus dem Jahr 1989 liest sich das dann so:

»Der damalige Schatzmeister meiner Partei, Alfred Nau, der mutige Antinazi, der mein uneingeschränktes Vertrauen besaß, [...] hatte mir beiläufig gesagt, er glaube, dass alles gutgehen werde. Ich hatte und habe keinen Grund, dem eine geheimnisvolle Bedeutung zuzumessen.«<sup>115</sup>

Laut den Erinnerungen seiner Witwe, Brigitte Seebacher, soll Brandt offenbar doch gewusst haben, dass aus den Kassen der SPD an Steiner Geld geflossen ist. Ihrem Bericht zufolge sei Brandt, nachdem er aus den Fernsehnachrichten erfahren habe, anlässlich des Misstrauensvotums 1972 habe Julius Steiner 50 000 DM von der Staatssicherheit erhalten, »senkrecht aus seinem Sessel« hochgesprungen, »mit offenem Mund vor dem Fernseher stehen« geblieben, habe sich wieder hingesetzt und gesagt: »Dann hat er doppelt kassiert.«<sup>116</sup>

Die Wochen und Monate nach dem gescheiterten Misstrauensvotum waren für Brandt und die Bundesregierung nicht einfach, die Mehrheiten waren nur noch schwer zu sichern und so stand die Frage von Neuwahlen im Raum – auch das ein Thema, welches mit Hermann von Berg erörtert wurde. Er konnte seinen Auftraggebern berichten, dass Brandt zunächst

---

<sup>113</sup> Stenografische Niederschrift eines Gesprächs zwischen Honecker und Ceaușescu anlässlich eines Rumänienbesuchs Honeckers am 11./12.5.1972. Zitiert nach: ebenda, S. 266.

<sup>114</sup> Willy Brandt: *Begegnungen und Einsichten*. Hamburg 1978, S. 568.

<sup>115</sup> Willy Brandt: *Erinnerungen*. Berlin 1994, S. 290.

<sup>116</sup> Brigitte Seebacher: *Willy Brandt*. München 2006, S. 229.

Neuwahlen verhindern wollte, dann aber doch keine andere Möglichkeit mehr sah.

Trotz schwieriger Mehrheitsverhältnisse im Bundestag wurden der Moskauer und der Warschauer Vertrag am 17. Mai und am 22. September 1972 der Verkehrsvertrag mit der DDR ratifiziert. Im Wahlkampf hatte Willy Brandt dann starken Rückenwind, nicht zuletzt wegen der gelungenen Deutschland- und Ostpolitik. Bei den Bundestagswahlen am 19. November erreichte die SPD mit 45,8 Prozent der Stimmen ihr bestes Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik – Willy Brandt war auf dem Zenit seiner Macht. So konnte im Dezember 1972 der schwierigste Baustein des deutsch-deutschen Vertragswerkes, der Grundlagenvertrag, unterzeichnet werden. War für die Bundesrepublik auch hier die Frage der »menschlichen Erleichterungen« zentral, so stand für die DDR vor allem ihre Anerkennung als eigenständiger Staat im Mittelpunkt. Ohne die DDR völkerrechtlich anzuerkennen, bestätigte der Grundlagenvertrag eindeutig deren Staatscharakter. Mit dem Grundlagenvertrag erreichte die DDR-Führung die langersehnte Möglichkeit, als Staat in der internationalen Politik zu agieren – allein im Jahr 1973 erkannten 47 Staaten die DDR an.<sup>117</sup> Im September 1973 traten dann sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR der UN bei. Ein gutes halbes Jahr später trat Willy Brandt als Bundeskanzler zurück und dies war die zweite Weichenstellung im Leben Willy Brandts, an der die Stasi einen erheblichen Anteil hatte.

---

<sup>117</sup> Vgl. Bender: Ostpolitik (Anm. 68), S. 207 ff.



Abb. 15: Willy Brandt und Günter Guillaume [l.] auf einer Kundgebung (undatiert)  
Quelle: BStU, MfS, ZAIG, Fo 0544, Bild 11

## Guillaume und andere Spione oder Der ungewollte Sturz eines Kanzlers

»*Großer Mist*: ›Hansen‹, ›Heinze‹<sup>118</sup> – sind verhaftet. Das ging auf dem Magen. Trotz aller Überlegungen u. Wissens über die Gefahr [...] unsere Rechnung und Risikobereitschaft war [...] eine Fehlkalkulation. Ausschlaggebend war die Annahme, man werde bei dringendem Verdacht Brandt einen Hinweis geben müssen. Dann hätte ›Hansen‹ etwas gemerkt, der ja viele intime Geheimnisse des Kanzlers kannte und wahrte. Schade, schade, schade. Politisch völlig unpassend«.<sup>119</sup>

Diese Sätze notierte der Chef der HVA, Markus Wolf, am 25. April 1974 in sein Tagebuch. Am 7./8. Mai heißt es weiter:

»*Brandt ist tatsächlich zurückgetreten*. Ironie des Schicksals: jahrelang schmiedeten wir Pläne und Maßnahmen gegen Brandt, jetzt wo wir das wirklich nicht

---

<sup>118</sup> So lauteten die Decknamen von Günter und Christel Guillaume.

<sup>119</sup> Wolf: Spionagechef (Anm. 27), S. 495.

wollten und sogar befürchteten, passiert dieser Unfall, betätigen wir den Abzug, liefern das Geschoss. Natürlich war [es] nur ein letzter Anstoß, aber kein geringer und im denkbar wirksamsten Augenblick. Brandt – der Kämpfer gegen uns im kalten Krieg, zeigt hier seine bekannten emotionalen Empfindlichkeiten und Schwächen.«<sup>120</sup>

Die Aufdeckung des DDR-Spions Guillaume und der Rücktritt Willy Brandts vom Amt des Bundeskanzlers am 6. Mai 1974 waren für das MfS so etwas wie ein geheimdienstlicher Super-GAU. Der große Coup, einen Agenten in relativer Nähe zum bundesdeutschen Kanzler installiert zu haben, wurde zum Eigentor. Wie Markus Wolf treffend beschreibt, kam dies zur Unzeit – Brandt war für die DDR der Garant für die neue Deutschlandpolitik. Ob ein Bundeskanzler Helmut Schmidt den eingeschlagenen Kurs gegenüber der DDR beibehalten würde, darüber bestanden zunächst Zweifel in der SED-Führung. Wie sich jedoch schnell zeigte, waren diese unbegründet und man stellte sich bald auf die neue Situation ein. In der Bundesrepublik waren viele Bürger entsetzt über den Rücktritt Brandts und den DDR-Spion im Kanzleramt. Martin Walser forderte im *Spiegel* den Rücktritt Honeckers, der für den ganzen Schlamassel verantwortlich sei.<sup>121</sup>

Das MfS und im Besonderen die HVA waren in Erklärungsnot. Der Rücktritt Brandts hatte auch für die DDR eine innenpolitische Komponente, denn der Kanzler genoss bei vielen DDR-Bürgern hohes Ansehen und war zum Hoffnungsträger für eine Öffnung und menschliche Erleichterungen geworden. Am 13. Mai fertigte die »Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe« (ZAIG) für die MfS-Führung einen Bericht über die »Reaktionen der Bevölkerung der DDR zum Rücktritt Brandts vom Amt des Bundeskanzlers«. Darin wird deutlich, dass der Rücktritt in der DDR zu großem Bedauern und zahlreichen Diskussionen führte. Immer wieder wird auch die Verantwortung der DDR bzw. des MfS für den Rücktritt thematisiert. Es kam sogar zu Protesten – diese erstreckten sich vom Versenden von Schriften und Postkarten, liegengelassenen Zetteln mit entsprechenden Botschaften, dem Anbringen von Parolen bis hin zu einer direkten Nachfrage beim Staatsrat der DDR. Die Parolen waren unter anderem: »Gegen DDR-Spionage – für Willy Brandt«, »SED hat Brandt verraten!«<sup>122</sup>

---

<sup>120</sup> Ebenda, S. 496 f.

<sup>121</sup> Vgl. *Der Spiegel* v. 13.5.1974.

<sup>122</sup> BStU, MfS, ZAIG 4128, Bl. 10 ff.

5  
Berlin, den 13. Mai 1974  
602/74

BStU  
000002

Erste Hinweise

zur Reaktion der Bevölkerung der DDR zum Rücktritt Brandts  
vom Amt des Bundeskanzlers (Stand 13. 5. 1974)

---

Nach den ersten Informationen der Dienstseinheiten des MfS  
zur Reaktion der Bevölkerung der DDR zum Rücktritt Brandts  
sind folgende Tendenzen zu erkennen:

Nach dem Bekanntwerden des Rücktritts von Brandt war in  
allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung ein sehr starkes  
Interesse an den Vorgängen im Zusammenhang mit dem Rücktritt  
von Brandt festzustellen. Die Diskussionen nahmen im Laufe  
des Tages schnell an Umfang und Intensität zu und Gespräche  
über dieses Problem fanden spontan in vielen Betrieben,  
Institutionen und Arbeitskollektiven statt.

Besonders nach erster Kenntnisnahme der angeblich unmittel-  
baren Ursachen und Anlässe sowie der persönlichen Stellung-  
nahme Brandts - unter Hervorhebung der "Spionageaffäre"  
Guillaume - war in einem größeren Teil der Diskussionen auch  
neben echtem Interesse an der Gesamtentwicklung ein Trend zur  
sensationsmäßigen Argumentation festzustellen, wobei das  
Interesse, Näheres über den Kundschafter in Erfahrung zu  
bringen, eine Rolle spielte.

Allgemein wurden die ersten Reaktionen der Bevölkerung in  
der DDR dadurch charakterisiert, daß die Vorgänge in der BRD

Abb. 16: Stimmungsbericht des MfS über die Reaktion der Bevölkerung der DDR zum Rücktritt Willy Brandts (Auszug)  
Quelle: BStU, MfS, ZAIG 4128, Bl. 2

Berlin, den 14. Mai 1974

BStU  
000003Streng geheim!

15 Blatt

Zur Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität Brandts

Die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus hat in allen westeuropäischen Ländern und in den wichtigsten überseeischen imperialistischen Ländern zu einer Verstärkung der politischen Instabilität geführt. Diese Krise hat sich auch auf die BRD ausgedehnt. Der Rücktritt Brandts als Bundeskanzler ist Ausdruck dieser Entwicklung. Die Verhaftung seines persönlichen Referenten wurde von den reaktionären entspannungsfeindlichen Kräften zum Anlaß für eine weitere Steigerung der planmäßig geführten Kampagne gegen die Person Brandts genommen.

1. Auswirkungen der gesellschaftlichen Situation in der BRD auf die soziale Basis der SPD/FDP-Koalition

Der sichere Wahlsieg der sozialliberalen Koalition während der Bundestagswahlen 1972 war in erster Linie auf die außenpolitischen Aktionen der Brandt/Scheel-Regierung zurückzuführen, die zu einer Normalisierung des Verhältnisses zu den sozialistischen Staaten Osteuropas beigetragen hatten. Auf dem Gebiete der Außenpolitik gab es zwischen beiden Koalitionspartnern weitgehend übereinstimmende Auffassungen, die die Koalition während der ersten Wahlperiode getragen haben.

Nach Abschluß der ersten Wahlperiode waren die wesentlichen Vorhaben der "Ostpolitik" abgeschlossen. Die Koalition orientierte sich auf eine Reihe anstehender Fragen der Innenpolitik, wobei es insbesondere um die Erhöhung der Effektivität und der Funktionsfähigkeit des Staatsapparates sowie der gesellschaftlichen Mechanismen ging.

Im Wahlkampf hat die Koalition große Erwartungen sowohl <sup>in</sup> der Arbeiterklasse wie auch in den Mittelschichten geweckt. Es zeigte sich jedoch, daß die Verwirklichung von Reformen infolge der unterschiedlichen Klasseninteressen und Erwartungen, die in der westdeutschen Gesellschaft damit verknüpft wurden, ins Stocken gerieten. Der Widerstand der Monopole gegen sie verstärkte sich.

Abb. 17: Geheimer Bericht an die Parteiführung, der die Hintergründe zum Brandt-Rücktritt beleuchten sollte (Auszug)  
Quelle: BStU, MfS, ZAIG 5023, Bl. 3 u. 4

Gleichzeitig trat eine wesentliche Änderung der ökonomischen Situation in der BRD ein, die zu einer Verschärfung der Widersprüche innerhalb der Gesellschaft führte. Die Massenbasis der Koalition wurde enger.

Das hatte im einzelnen folgende Gründe:

- Die ökonomische Situation in der BRD wurde labiler. Bereits seit Ende des Jahres 1973 traten in einer Reihe von Industriezweigen (Automobilindustrie, Konsumgüterindustrie) konjunkturelle Rückschläge ein. Die Verbraucherpreise stiegen jedoch weiter. (In der Jahresprojektion 1974 wird der Anstieg der Verbraucherpreise mit 8-9 % vorausgesagt.) Die inflationistische Entwicklung ist zwar insgesamt geringer als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern, trotzdem trug sie zu einer Verschärfung der sozialen Widersprüche bei. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Gewerkschaften im Jahre 1973 mit einer relativ niedrigen Lohnerhöhung zufrieden gaben, die durch die inflationistische Entwicklung und die Steuerprogression mehr als aufgezehrt war, so daß es zu einem Absinken der Reallöhne in einer Reihe von Industriezweigen gekommen ist. Die konjunkturelle Abschwächung hat darüber hinaus zu einem Abbau der Überstunden in der BRD geführt, die einen nennenswerten Anteil zum Arbeitseinkommen der Arbeiterklasse beitrugen. Gleichzeitig wuchsen in einer Reihe von Industriezweigen, insbesondere in der Chemie, die Gewinne. All das führte zu einer wachsenden Unzufriedenheit breiter Teile der Arbeiterklasse, die sich Ende vorigen Jahres in wilden Streiks in einer Reihe von Betrieben widerspiegelte.
- Der offene Ausbruch der Energiekrise nach dem Oktoberkrieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten hat die Labilität der ökonomischen Situation noch unterstrichen. Die hemmungslose Nutzung der Profit Chancen durch die internationalen Mineralölkonzerne und die Chemiebetriebe der BRD sowie die offenkundig zutage tretende Ohnmacht der Regierung, Einfluß auf diese Situation zu nehmen, hat zu einer Schwächung des Ansehens der Regierung beigetragen.
- Die Regierung Brandt/Scheel ist in ihrer zweiten Legislaturperiode mit einem großangelegten innenpolitischen Programm angetreten. Dieses Programm sah eine Reihe von Reformen vor, die den Staatsapparat und die gesellschaftlichen Mechanismen effektiver machen sollten. Die Realisierung dieser Reformen ist völlig ins Stocken geraten. Nur ein kleiner Teil davon wurde verwirklicht. Das sind Teile der Steuerreform, ein Stabilitätsprogramm und eine Kartellnovelle sowie eine Reihe von zusätzlichen Sozialgesetzen auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und der ärztlichen Betreuung. Diese Reformen konnten jedoch nur gegen den erbitterten Widerstand bestimmter Monopolkreise durchgesetzt werden. Die Verwirklichung der Hauptreformen, die im Regierungsprogramm enthalten sind, der Mitbestimmung, der Vermögensbildung, des Bodenrechts und der Berufsausbildung läßt auf sich warten. Die Monopole setzen alle Hebel in Bewegung, um diesen Reformen alles zu nehmen, was antimonomopolistischen Charakter tragen könnte. Das zeigt sich deutlich an dem zwischen SPD und FDP ausgehandelten Mitbestimmungskompromiß, der die Forderung der Gewerkschaften nach uneingeschränkter Parität in den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften u. a. großer Monopole nicht berücksichtigt. Er beläßt letztlich die endgültige Entscheidung den Unternehmern. Allein die Tatsache, daß der Entscheidungsprozeß über wesentliche Unternehmensfragen durch die Einschaltung der Gewerk-

»Allgemein wurden die ersten Reaktionen der Bevölkerung in der DDR dadurch charakterisiert, dass Vorgänge in der BRD *Verwunderung, Überraschung und z. T. auch eine gewisse Bestürzung über den Rücktritt Brandts* auslösten. [...] In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass es auch gegenwärtig unter der Bevölkerung der DDR z. B. noch illusionäre Vorstellungen über die Rolle und Bedeutung der Person W. Brandt und der SPD im Rahmen des internationalen Prozesses der Entspannung gibt.«<sup>123</sup>

Zur Selbstvergewisserung versäumte es die Stasi jedoch nicht darauf hinzuweisen, dass »von einem nicht unbedeutenden Teil der DDR-Bevölkerung [...] in unterschiedlichem Umfang mit einem gewissen Stolz und mit Freude die Leistungen des MfS und seines Kundschafters gewürdigt«<sup>124</sup> werden. Bei den meisten überwog aber die Skepsis gegen die Aktivitäten des MfS im Bundeskanzleramt.

Am 14. Mai 1974 ging dann ein 15-seitiger Bericht mit der Einstufung »Streng geheim« an die engere Parteiführung – der Verteiler weist unter anderem Erich Honecker, Willi Stoph und Hermann Axen aus – sowie an einige kommunistische »Bruderstaaten«<sup>125</sup> und die Sowjets raus.<sup>126</sup> Dieser Bericht diente offenbar einerseits der Entlastung des MfS, in dem andere Faktoren als Guillaume für den Rücktritt in den Vordergrund gestellt wurden, andererseits diente er der Beruhigung der SED-Führung, da er bestehende Ängste über eine Änderung der Deutschlandpolitik unter Helmut Schmidt zu zerstreuen suchte. Bemerkenswert ist, dass die aufgeführten mannigfachen Gründe für den Rücktritt den wirklichen Ursachen sehr nahe kommen – sieht man von den kapitalismuskritischen und ideologisch überformten Passagen ab:

»Brandt musste zu der Meinung kommen, dass nicht Guillaume, sondern der Kanzler selbst einschließlich seiner intimen Affären, Ziel der Bearbeitung war. [...] Hinzu kommt zweifellos die Furcht davor, dass im Zusammenhang mit der Festnahme Guillaumes Informationen über sein Privatleben, insbesondere über sein ausschweifendes Sexualleben in der Öffentlichkeit bekannt werden. [...] Der Fall Guillaume war nur der äußere Anlass zum Rücktritt Brandts von seiner Funktion als Bundeskanzler. Angesichts der inneren Situation der BRD, des Differenzierungsprozesses in der SPD sowie den persönlichen Eigenschaften Brandts ist anzunehmen, dass ein Rücktritt Brandts über kurz oder lang möglich war.«<sup>127</sup>

---

<sup>123</sup> Ebenda, Bl. 2 f.

<sup>124</sup> Ebenda, Bl. 5.

<sup>125</sup> Der Verteiler weist hier die ČSSR, Ungarn, Bulgarien, Polen und Kuba aus.

<sup>126</sup> Vgl. BStU, MfS, ZAIG 5023, Bl. 1–16.

<sup>127</sup> Ebenda, Bl. 13 u. 15 f.

Ob Brandt auch ohne die Aufdeckung Guillaumes zu einem späteren Zeitpunkt zurückgetreten wäre, darüber gibt es bis heute Spekulationen. Dass aber der »Fall Guillaume« nur eine von mehreren Ursachen des Rücktritts war, ist unumstritten. Das MfS wagt in dem Bericht auch eine Charakterisierung Brandts zum Zeitpunkt der »Guillaume-Affäre«:

»Die persönlichen Eigenschaften Willy Brandts haben bei den Auseinandersetzungen innerhalb der Partei und beim Verfall seiner persönlichen Autorität eine wesentliche Rolle gespielt. Eine ganze Reihe von Schwierigkeiten hängen mit seinen charakterlichen Eigenschaften zusammen. Die außenpolitischen Erfolge der Regierung der BRD im Laufe ihrer ersten Wahlperiode und die Akklamation durch die Bevölkerung der BRD haben Brandts Verständnis für die Realitäten getrübt.«<sup>128</sup>

Dass Brandt aus dem erdrutschartigen Sieg bei den Wahlen im November 1972 persönlich nicht gestärkt, sondern angeschlagen hervorging – ist ein wichtiger Moment für die Entwicklungen der folgenden Monate. Körperlich angegriffen, konnte er nicht an den Koalitionsverhandlungen teilnehmen.<sup>129</sup> Einen Zettel mit seiner Wunschliste fürs zukünftige Kabinett vergaß Herbert Wehner angeblich in seiner Aktentasche – er wurde somit nicht berücksichtigt. Ohne Kanzleramtsminister Horst Ehmke, seiner rechten Hand, der auf Druck Helmut Schmidts nicht wieder berufen wurde, fühlte Brandt sich zusehends isoliert. Die großen Vertragswerke der Deutschland- und Ostpolitik waren abgeschlossen, die Preise und Ehrungen vergeben. Die innenpolitischen Reformen stockten aufgrund der aufziehenden Wirtschaftskrise. Hinzu kamen Streiks und völlig überzogene Lohnforderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst. Innerparteilich sah es auch nicht günstiger aus: Helmut Schmidt und andere kritisierten ständig Brandts Führungsstil und unterstellten ihm mangelnde Durchsetzungsfähigkeit. Der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner kritisierte Brandt öffentlich vor laufenden Kameras und dies nicht nur im Inland, sondern ausgerechnet in Moskau. Der hier getätigte Ausspruch: »Der Herr badet gerne lau ...«, ist nur eine von vielen Attacken. Die ihn sonst so hofierenden Medien distanzieren sich: »Kanzler in der Krise«, titelte der *Spiegel* am 10. Dezember 1973.<sup>130</sup> Ein Teil der Intellektuellen, die die Wahl Willy Brandts zum

---

<sup>128</sup> Ebenda, Bl. 13.

<sup>129</sup> Vgl. dazu ausführlich Peter Merseburger: Willy Brandt. Visionär und Realist. München 2002, S. 657 ff.

<sup>130</sup> Vgl. dazu ausführlich Daniela Münkel: Willy Brandt und die »Vierte Gewalt«. Politik und Massenmedien in den 50er bis 70er Jahren. Frankfurt/M./New York 2005.

Bundeskanzler und seine Reformpolitik massiv unterstützt hatten, distanzieren sich nun von ihrem einstigen Idol. Günter Grass teilte via Bildschirm mit, dass sich die Koalition im »Schlafmützentrott« befände und der Kanzler »Lustlosigkeit« ausstrahle. Die Erfolge und zu viele Ehrungen hätten Brandt »einsam gemacht und in einen Bereich entrückt, den Karikaturisten gern über den Wolken ansiedeln«.<sup>131</sup>

Willy Brandt war in dieser Situation nicht entschlossen genug. So hätte er Wehner nach dessen Indiskretionen und öffentlichen Angriffen als Fraktionschef absetzen müssen. Brandt schien demotiviert und niedergeschlagen. Gesundheitliche Probleme und der Versuch, sich das Rauchen abzugewöhnen, taten ein Übriges. In dieser insgesamt schwierigen Lage für den Bundeskanzler wurde der Referent im Kanzleramt, Günter Guillaume, als DDR-Spion enttarnt. Das Verhalten von Verfassungsschutz, BND, Bundesinnenministerium und Bundeskriminalamt in der »Guillaume-Affäre« hat den Rücktritt massiv befördert – schien es doch am Ende, als sei vor allem der Kanzler und sein Privatleben das Problem, und nicht so sehr Guillaume. Die aus Brandts Sicht fehlende Unterstützung Herbert Wehners als Fraktionsvorsitzendem, die in einem Vieraugengespräch in Bad Münstereifel am 4. Mai 1974 offensichtlich wurde, verstärkte seinen Entschluss zum Rücktritt.

Die Gründe für den Rücktritt liegen letztlich in einer Mischung aus unglücklichen Konstellationen, dem Versagen der zuständigen staatlichen Organe, den innerparteilichen Konstellationen und der Persönlichkeit Willy Brandts. Brandt selbst hat zeitlebens Herbert Wehner im Pakt mit der DDR verdächtigt, eine zentrale Rolle bei seinem Rücktritt gespielt zu haben.<sup>132</sup> Posthum versuchten Brigitte Seebacher und Egon Bahr diese These zu untermauern.<sup>133</sup> Einen Beweis dafür gibt es bis heute nicht und es erscheint nach heutigem Forschungsstand auch eher unwahrscheinlich.<sup>134</sup>

Aber wer war der Agent, dessen Enttarnung den Rücktritt von Willy Brandt als Bundeskanzler zur Folge hatte? Günter Guillaume, der 1956 gemeinsam mit seiner Frau Christel im Auftrag des MfS nach Frankfurt/M. übergesiedelt war, trat 1957 in die hessische SPD ein.<sup>135</sup> Dort machte er eine

---

<sup>131</sup> Zitiert nach: Merseburger: Willy Brandt (Anm. 129), S. 712.

<sup>132</sup> Vgl. u. a. Brandt: Erinnerungen (Anm. 115), S. 513 ff.

<sup>133</sup> Vgl. Seebacher: Willy Brandt (Anm. 116), S. 270 ff.; Egon Bahr: »Das musst du erzählen...«: Erinnerungen an Willy Brandt. Berlin 2013, S. 164 ff.

<sup>134</sup> Vgl. u. a. Merseburger: Willy Brandt (Anm. 129), S. 657 ff.; Hermann Schreiber: Kanzlersturz. Warum Willy Brandt zurücktrat. München 2003; Eckard Michels: Guillaume, der Spion. Eine deutsch-deutsche Karriere. Berlin 2013, S. 224 ff.

<sup>135</sup> Zu Guillaume ausführlich vgl. Michels: Guillaume.

erstaunliche Karriere, ab 1964 war er als Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks in Frankfurt/M. und ab 1968 der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung tätig. Im gleichen Jahr wurde er auch in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. 1969 leitete Guillaume den Wahlkampf des Bundesverkehrsministers Georg Leber. Guillaume konnte sich den Ruf eines guten Organisationsarbeiters erarbeiten. Durch Vermittlung Georg Lebers wurde er 1970 als »Referent für die Verbindungen zu den Gewerkschaften« im Kanzleramt eingestellt. Nach der Bundestagswahl 1972 stieg er dort zum »Parteireferenten« auf. In beiden Positionen kam er in der Regel nicht mit brisanten Dokumenten in Berührung. Eine Ausnahme bildeten die Zeiten, in denen er Willy Brandt auf Reisen begleitete. Eigentlich hätte Guillaume wegen fehlender Qualifikationen und eines beim Verfassungsschutz vorliegenden Verdachts, bei ihm könne ein Sicherheitsrisiko vorliegen, nie im Kanzleramt angestellt werden dürfen. Hinweise und Warnungen seitens des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) schlug der damalige Kanzleramtsminister, Horst Ehmke, in den Wind. Brandt selbst war von Guillaume nicht sehr begeistert, er empfand ihn als bürokratisch und unterwürfig, was ihm etwas auf die Nerven ging. Als er ihn 1973 versetzen lassen wollte, war das BfV Guillaume durch einen Zufall bereits auf die Schliche gekommen.<sup>136</sup> Man setzte Brandt zwar über den Verdacht in Kenntnis, beließ Guillaume aber in seiner Funktion, wodurch man den Kanzler in die Rolle eines Lockvogels brachte. Warum Brandt sich darauf einließ, ist unklar. So hielt man auch daran fest, dass Guillaume – wie geplant – Brandt in den Urlaub nach Norwegen begleiten sollte, wo er mit »streng geheimen« Dokumenten in Berührung kam. Völlig unverständlich bleibt, dass diese Reise – der Gefahr entsprechend – nicht ausreichend vom BND abgesichert wurde. Dass diese Dokumente dann nicht in die Hände der HV A gelangten, ist einzig dem Kurier zu verdanken, der die Filme, aus Angst vor Entdeckung, im Rhein versenkte.<sup>137</sup>

Insgesamt war der nachrichtendienstliche Wert von Guillaume für das MfS nicht herausragend, er war zweifellos keine Spitzenquelle. Vom 30. Juli 1969 bis 8. April 1974 übermittelte Guillaume in 23 Fällen SPD-Interna, in zwölf Informationen zu Fragen der Regierungspolitik und in neun zu Gewerkschaftsfragen.<sup>138</sup> Das MfS bewertete die eingehenden Informationen auf einer Skala von eins bis fünf, wobei eins »sehr wertvoll« und fünf »ohne

---

<sup>136</sup> Vgl. dazu ausführlich ebenda, S. 157 ff.

<sup>137</sup> Vgl. u. a. ebenda, S. 177 ff.

<sup>138</sup> Vgl. Stephan Konopatzky: Möglichkeiten und Grenzen der SIRA-Datenbanken. In: Georg Herbstritt/Helmut Müller-Enbergs: Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik. Bremen 2003, S. 112–132, hier 121.

Wert« bedeutete.<sup>139</sup> 19 von Guillaume in der Zeit 1969 bis 1974 gelieferte Informationen wurden folgendermaßen bewertet: 14 mit drei (»mittlere Wert«) und fünf mit zwei (»wertvoll«).<sup>140</sup> Sowohl die Einstufung als auch die Anzahl der gelieferten Unterlagen und Berichte waren im Vergleich zu den Spitzenquellen der HV A gering.<sup>141</sup> Der besondere Nutzen lag wohl vor allem darin, dass die HV A mit Guillaume einen »Seismographen« im Kanzleramt hatte – so Markus Wolf.<sup>142</sup> Außerdem konnte er »als kaum beachteter, stiller Zuhörer vieler Gespräche, die Brandt gern im kleinen Kreis führte, [...] Wichtigeres, als er aus irgendwelchen Papieren kopieren oder entnehmen konnte«,<sup>143</sup> erfahren. Dennoch: Der Schaden, den die Affäre für das MfS und die DDR mit sich brachte, war auch aus der Sicht der DDR und ihres Nachrichtendienstes größer als ihr Nutzen.

Guillaume war zwar der spektakulärste Spionagefall, er war aber nicht der einzige Spion des MfS im weiteren Umfeld Willy Brandts. Nach der Wiedervereinigung sind mehrere Fälle von Agenten der HVA in SPD-Funktionen bekannt geworden. In der Zeit von 1949 bis 1989 sind von den 2 190 Bundestagsabgeordneten zum Beispiel neun, davon vier Angehörige der SPD-Fraktionen, als bewusst tätige IM der HV A identifiziert.<sup>144</sup> Bei elf weiteren ist im Rahmen des Bundestagsgutachtens eine Einstufung als »problematisch« erfolgt, das heißt, die überlieferten Materialien legen nahe, dass diese Personen die HV A über längere Zeiträume mit Informationen versorgt haben. In dieser Gruppe ist ein Übergewicht von neun Personen, die der SPD-Fraktion angehörten, auszumachen.<sup>145</sup> Daneben gab es etliche Zuträger in den diversen Parteigliederungen und Büros der SPD. Ähnliche Tendenzen werden auch für die SPD insgesamt gelten. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass das Interesse der HV A an der SPD größer und es für sie dort einfacher war, potenzielle Informanten zu gewinnen, als bei den bürgerlichen Parteien.<sup>146</sup> Dies gilt für den gesamten Zeitraum der Existenz der DDR, aber besonders für die Zeit der sozial-liberalen Bundesregierung 1969 bis 1982. Das gemeinsame Erbe der Arbeiterbewegung, zum Teil noch persönliche Kontakte aus der Weimarer Zeit oder dem Exil boten Anknüp-

---

<sup>139</sup> Vgl. Bundestagsgutachten, S. 96.

<sup>140</sup> Vgl. Konopatzky: SIRA, S. 122.

<sup>141</sup> Vgl. ebenda u. Michels: Guillaume (Anm. 134), S. 196 ff., bes. S. 198.

<sup>142</sup> Vgl. Wolf: Spionagechef (Anm. 27), S. 266.

<sup>143</sup> Ebenda, S. 268.

<sup>144</sup> Vgl. Bundestagsgutachten (Anm. 1), S. 235 ff. Dabei handelt es sich um Otto Graf, Josef Braun, Gerhard Flämig und Karl Wienand.

<sup>145</sup> Vgl. ebenda, S. 226 ff.

<sup>146</sup> Vgl. dazu ausführlich Bundestagsgutachten (Anm. 1), S. 20 ff.

fungspunkte. Auf der anderen Seite stufte das MfS bis in die sechziger Jahre hinein die SPD und ihre Politik gegenüber der DDR weitgehend als »feindlich« ein, andererseits versuchte sie sich im Hinblick auf den gemeinsamen Gegner, nämlich die CDU-Regierungen, zu verbünden. Ein weiterer Ansatz des MfS – und hier folgte es letztlich einer Strategie der SED – war der Versuch, bestimmte Flügel innerhalb der Sozialdemokratie, die aus ihrer Sicht »realistischen Strömungen« zu stärken und den »rechten Flügel« zu bekämpfen. Die Wirkungen solcher geheimdienstlicher Aktivitäten jenseits der Informationsbeschaffung waren jedoch sehr begrenzt.<sup>147</sup> Die Wandlungen im Umgang des MfS mit der SPD konnten am Beispiel Willy Brandts gezeigt werden.

In den fünfziger und frühen sechziger Jahren gab es eine andere wichtige MfS-Quelle im engeren Umfeld von Willy Brandt, bei der sich eine nähere Betrachtung lohnt. Bereits in den frühen fünfziger Jahren war es dem MfS mit Josef Braun gelungen, in der Berliner SPD eine Spitzenquelle zu platzieren. Die Staatssicherheit war so nicht nur über die Vorgänge im Berliner Partei- und Landesvorstand bestens informiert, sondern auch über die Aktivitäten des damals von SED und MfS gehassten »Kalten Kriegers« und späteren »Frontstadtbürgermeisters« Willy Brandt.

Der 1907 geborene Josef Braun, von der HV A geführt unter dem Decknamen »Freddy«, war 1927 in die KPD eingetreten.<sup>148</sup> Er geriet am Ende des Zweiten Weltkrieges in US-Gefangenschaft. Laut MfS wurde er nach »seiner Rückkehr aus amerikanischer Gefangenschaft im Jahre 1947 für die Arbeit innerhalb der SPD verpflichtet«.<sup>149</sup> Gleichzeitig war er Mitglied der SED und blieb dies auch bis zu seinem Tod.<sup>150</sup> Braun war zunächst als »Quelle 501« für den Parteiennachrichtendienst tätig und wurde im Dezember 1951 in einem eigenständigen Vorgang von der HV A registriert.<sup>151</sup> Er machte schnell Karriere in der Berliner SPD: 1952 wurde er zum Geschäftsführer und stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbandes gewählt. Er hatte damit Zugang zu allen wichtigen Gremien, Dokumenten und Personen in der Berliner Partei. Dennoch war die Staatssicherheit – wie ein Bericht vom August 1952 zeigt – zunächst ganz und gar nicht mit der Ausbeute von Brauns Tätigkeit zufrieden:

---

<sup>147</sup> Ebenda, S. 22.

<sup>148</sup> Zum Fall Braun vgl. auch Bundestagsgutachten (Anm. 1), S. 239 f. u. Knabe: Die unterwanderte Republik (Anm. 10), S. 49 ff.

<sup>149</sup> BStU, MfS, HA II/6 1158, Teil 1, Bl. 515.

<sup>150</sup> Vgl. Bundestagsgutachten (Anm. 1), S. 239.

<sup>151</sup> Vgl. ebenda.

»Die Quelle 501 bekam die Aufgabe, das Material zum Studium der SPD zu beschaffen und von den leitenden Funktionären dieser Partei Charakteristiken zu geben. Außerdem sollte sie die gleichen Angaben über den DGB und dessen leitende Funktionäre bringen. Der Auftrag wurde jedoch von 501 unzulänglich erfüllt. Die Quelle musste oft gemahnt werden und zeigte keine eigene Initiative bei der Lösung dieser Aufgaben.«<sup>152</sup>

Nach eingehenden Gesprächen und Mahnungen sowie dem vom MfS sehr gelobten, schnellen Aufstieg in der Hierarchie der Berliner SPD änderte sich dies etwas: »in der Folgezeit gewann das von ihm gelieferte Material an Bedeutung, es entsprach allerdings noch nicht den Möglichkeiten dieser neuen Funktion der Quelle.«<sup>153</sup> An anderer Stelle wird darauf hingewiesen, dass »das von ihm gelieferte Material von großem Wert« sei.<sup>154</sup> In den nächsten Jahren entwickelte sich Braun dann zu einer Spitzenquelle der HV A und wurde ab Mitte der fünfziger Jahre von Markus Wolf persönlich »geführt«. Auch Wolf beschreibt in seinen Memoiren, dass sich »Freddy« zunächst widerwillig verhielt und massive Kritik an Ulbricht und dem SED-Regime übte. Er war aber für das MfS wichtig, da immer deutlicher wurde, »dass die Berliner SPD entscheidenden Einfluss auf die Deutschlandpolitik der Gesamtpartei nahm und dass sie in ihrer Mitte einen Mann mit Führungsqualitäten und großer Perspektive hatte: Willy Brandt«.<sup>155</sup> Die Einstellung Brauns zum SED-Staat und damit auch zu seiner Agententätigkeit habe sich erst mit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, also der Abrechnung mit dem Stalinismus, geändert:

»Statt die SED zu kritisieren, ging er nun mit der SPD ins Gericht. [...] Am bisigsten waren seine Kommentare zu Willy Brandt. Er schien voller Verachtung für den Mann, den er für einen Renegaten hielt, weil dieser seiner Ansicht nach von einer radikal linken Position während der Emigration zum rechten Flügel seiner Partei gewechselt war. Wir waren uns in dieser Beurteilung damals ziemlich einig«.<sup>156</sup>

Diese Einstellung zu Brandt – so Markus Wolf – habe sich jedoch »bald geändert«. »Freddy« habe in der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit »seinen eigenen Kopf« behalten und ihn lediglich dann informiert, »wenn er es für richtig und wichtig hielt«. Von ihm habe Wolf »von den wirklichen Intentionen Brandts« erfahren und Analysen über »die Konflikte und

---

<sup>152</sup> BStU, MfS, HA II/6 1158, Teil 1, Bl. 537.

<sup>153</sup> Ebenda, Bl. 538.

<sup>154</sup> Ebenda, Bl. 515.

<sup>155</sup> Wolf: Spionagechef (Anm. 27), S. 177.

<sup>156</sup> Ebenda, S. 178.

Machtverhältnisse innerhalb der SPD« bekommen. Er sei »eine Quelle von unschätzbarem Wert« gewesen.<sup>157</sup>

Dieser »Wert« machte sich besonders in Krisenzeiten bemerkbar. Um hier nur ein Beispiel herauszugreifen: In der krisenhaften Situation während und kurz nach der Berliner Grenzsperrung vom 13. August 1961 war das MfS und damit die SED-Führung zeitnah über die Reaktionen der Westalliierten und vor allem von Willy Brandt und der Berliner SPD-informiert – diese Informationen stammten mit hoher Wahrscheinlichkeit in wesentlichen Teilen von »Freddy«.<sup>158</sup> Pläne, Aktionen und Gegenmaßnahmen, die in Westberlin geplant und ergriffen wurden, landeten so umgehend beim MfS und erlaubten es der SED-Führung entsprechend zu handeln und ihrerseits – wenn nötig – Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Am 14. August wurde der SED gemeldet, »dass im Westberliner SPD-Landesvorstand daran gedacht wird, eine breite Kampagne gegen die SED in Westberlin durchzuführen.«<sup>159</sup> Außerdem wurde bekannt, dass Willy Brandt bei Verhandlungen mit den westlichen Stadtkommandanten »entschiedene und konkrete Maßnahmen, vor allem das Verbot der SED in Westberlin als einer »Partei des Terrors«, gefordert habe.«<sup>160</sup>

Aufgrund der internen Informationen konnte das MfS bereits im Laufe des 14. August 1961 durch seine Berichterstattung die Partei- und Staatsführung beruhigen. Bald verdichteten sich nämlich in den Berichten die Hinweise, dass mit keiner für die DDR in irgendeiner Form bedrohlichen Situation zu rechnen sei. Am 15. August meldete die Staatssicherheit, »Brandt habe sich mit den westlichen Kommandanten darüber geeinigt, dass alles unternommen werden soll, um von Westberlin aus keinerlei Anlass für weitere Komplikationen zu geben.«<sup>161</sup> Am 17. August wusste man,

»dass Brandt erstmalig seit längerer Zeit zum Sitz der westlichen Militärkommandanten bestellt und ihm dabei klargemacht wurde, wer in Westberlin zu bestimmen hat. Brandt sei noch einmal darauf hingewiesen worden, dass die Westmächte »nur ihre Rechte« in Westberlin verteidigen würden.«<sup>162</sup>

---

<sup>157</sup> Ebenda, S. 180.

<sup>158</sup> Vgl. dazu ausführlich: Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, bearb. von Daniela Münkel. Göttingen 2011, S. 31 ff. sowie die dort als Auswahl-Buch und vollständig auf CD veröffentlichten Dokumente. Siehe auch: [www.ddr-im-blick.de](http://www.ddr-im-blick.de).

<sup>159</sup> Information 421a/61. In: Münkel, Die DDR im Blick der Stasi 1961.

<sup>160</sup> Information 421a/61. In: Münkel, Die DDR im Blick der Stasi 1961.

<sup>161</sup> Information 423/61. In: Münkel, Die DDR im Blick der Stasi 1961.

<sup>162</sup> Information 440/61. In: Münkel, Die DDR im Blick der Stasi 1961.

Es ist davon auszugehen, dass die DDR-Führung nicht zuletzt aufgrund der Meldungen von »Freddy« in die Lage versetzt wurde, ihre weiteren Pläne der Grenzschießung in Berlin wie vorgesehen auch umzusetzen.

Josef Braun wechselte wenige Wochen nach dem Mauerbau in den Deutschen Bundestag – auch von hier berichtete er weiter<sup>163</sup> – dessen Mitglied war er bis zu seinem Tod im Jahr 1966.

---

<sup>163</sup> Vgl. Bundestagsgutachten (Anm. 1), S. 239 f.

## Willy Brandt in der geheimen Berichterstattung der Stasi an die SED-Führung

Die Staatssicherheit baute nach dem 17. Juni 1953 ein Berichtswesen auf, das die Grundlage für eine regelmäßige Information der politischen Führung bildete. Hierfür wurden im MfS eigene Informationsorgane mit einem zentralen Organ in der Berliner MfS-Zentrale geschaffen, das ab 1965 »Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe« (ZAIG) hieß und seit den siebziger Jahren enorm expandierte.<sup>164</sup> Dieses Berichtswesen diente zum einen der Unterrichtung der engeren Partei- und Staatsführung, zum anderen der internen Information auf höchster Ebene. Die Berichte waren »streng geheim« klassifiziert und hatten in der Regel einen sehr kleinen Empfängerkreis, der je nach Thema variierte. Walter Ulbricht bzw. Erich Honecker bekamen den Inhalt der Berichte in der Regel zur Kenntnis – wenn auch nicht immer schriftlich, oft wurden sie auch von Stasichef Erich Mielke mündlich unterrichtet. Nach Kenntnisnahme mussten die Berichte an das MfS zurückgegeben werden. Das macht heute ihren besonderen Wert als historische Quelle aus, denn es wurde für DDR-Verhältnisse relativ »ungeschminkt« berichtet.

Bis Anfang 1959 waren Inlands- und Auslandsberichterstattung organisatorisch getrennt – die Auslandsberichterstattung war bis zu diesem Zeitpunkt Teil der HV A. Ab Januar 1959 bis 1989 lief auch die Berichterstattung der Aufklärung über die Zentrale Informationsgruppe, was dazu beigetragen hat, dass ein überwiegender Teil dieser Berichte der HV A überliefert ist und sie nicht zusammen mit den anderen Unterlagen dieser Dienst Einheit im Frühjahr 1990 vernichtet wurden.

Die Berichte, die sich auf das Inland beziehen und ganz überwiegend auf Informationen der sogenannten Abwehrdienst Einheiten basieren, sind nahezu lückenlos überliefert und werden in einer Komplettektion seit 2009 sukzessive publiziert.<sup>165</sup> Anders sieht es bei den Berichten aus, die auf die HV A zurückgehen. Erschlossen sind ca. 23 000 solcher Berichte zu diversen

---

<sup>164</sup> Vgl. dazu ausführlich Roger Engelmann/Frank Joestel: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe. Hg. BStU. Berlin 2009 (MfS-Handbuch).

<sup>165</sup> Vgl. Die DDR im Blick der Stasi 1953–1989. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Hrsg. von Daniela Münkel. Göttingen 2009 ff. Erschienen Bände und bereits per Online-Datenbank verfügbare Jahrgänge siehe: [www.ddr-im-blick.de](http://www.ddr-im-blick.de).

Themenkomplexen.<sup>166</sup> Die Überlieferungslücken summieren sich allerdings auf über 40 Prozent. In der Zeit von 1959 bis 1987 sind 274 Ausgangsinformationen der HV A erstellt worden, die ausschließlich Willy Brandt und seine Aktivitäten zum Thema haben. Davon sind 127 im Archiv des BStU überliefert, das heißt, der Prozentsatz der nicht überlieferten Dokumente liegt hier etwas über dem Durchschnitt. Da schon vor 1959 unsystematisch Berichte von der HV A für die engere Staats- und Parteiführung angefertigt worden sind, die höchstwahrscheinlich mit dem Aktenbestand vernichtet wurden, ist es wahrscheinlich, dass die Anzahl der Berichte, die Person und Politik Willy Brandts zum Gegenstand hatten, noch etwas höher gewesen ist.

Die Informationen, auf deren Grundlage die HV-A-Berichte gefertigt wurden, speisten sich aus diversen »Quellen«: Aus IM-Berichten, aus Informationen, die von Personen stammten, welche das MfS ohne deren Wissen »abschöpfte«, aus beschafften Dokumenten, aus Abhöraktionen der Funkaufklärung und ab 1973 auch aus der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn. Seit 1969 erfasste die HV A in einer Datenbank mit dem Namen SIRA (»System der Informationsrecherche der HV A«) alle Informationen, die sie aus den unterschiedlichsten geheimdienstlichen Kanälen erhielt.<sup>167</sup> Diese wurden mit Titel, Inhaltsstichworten, Datum sowie der codierten Herkunft erfasst. Des Weiteren wurden die jeweiligen Informationen klassifiziert. SIRA besteht aus sechs Teildatenbanken, hier ist vor allem die Teildatenbank 12 von Interesse, die der Abteilung VII<sup>168</sup> der HV A zugeordnet war, die für die Auswertung der politisch, militärisch und wirtschaftspolitisch relevanten Informationen zuständig war.

Für die Zeit von 1969 bis 1988 sind in SIRA knapp 2 200 Informationseingänge zu Willy Brandt erfasst. Ein Teil dieser Informationseingänge floss direkt in die Berichterstattung an die politische Führung der DDR ein – dabei sind als Herkunftsquellen unter anderem Hermann von Berg, Guillaume, Josef Braun, Bodo Thomas<sup>169</sup> und Rudolf Maerker<sup>170</sup> identifizier-

---

<sup>166</sup> Eine Liste der Überschriften der HV-A-Ausgangsinformationen steht im Internet unter [www.bstu.bund.de/DE/Archive/Findmittel/Findbuch/ausgangsinformationen-hva.pdf](http://www.bstu.bund.de/DE/Archive/Findmittel/Findbuch/ausgangsinformationen-hva.pdf) (9.9. 2013).

<sup>167</sup> Vgl. dazu ausführlich Bundestagsgutachten (Anm. 1), S. 30 ff.

<sup>168</sup> Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben – Strukturen – Quellen. Hg. BStU. Berlin 2011 (MfS-Handbuch), S.128 ff.

<sup>169</sup> Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1998, S. 206.

bar. Thomas war von 1971 bis 1989 Mitglied der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Maerker langjähriger Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bonn und Mitglied in parteiinternen Kommissionen. Er muss angesichts der Vielzahl seiner Informationslieferungen als Spitzenagent der HV A in der SPD angesehen werden.<sup>171</sup>

Das Themenspektrum der Berichte, die Willy Brandt in den Mittelpunkt stellen, ist breit: Neben jeweils tagesaktuellen Fragen wie die Passierscheinverhandlungen oder die Äußerungen zur Berlinfrage, standen grundsätzliche politische Konzepte wie die Entwicklung der Ostpolitik, die Position zu DDR und SED im Fokus der Berichterstattung. Ein anderer Komplex waren SPD-Interna sowohl der Bundespartei als auch des Berliner Landesverbandes. In Bezug auf Brandt interessierte die Stasi hier vor allem seine Rolle und Stellung innerhalb der Parteiorganisation, seine Unterstützer und Widersacher sowie seine politischen Positionen und die Frage, ob sie in der SPD mehrheitsfähig seien. Ebenso akribisch berichtete die Stasi über die politische Karriere und politischen Pläne Brandts. Auch die zahlreichen Auslandsreisen und Gespräche mit Vertretern der Westalliierten, die Brandt seit seiner Zeit als Regierender Bürgermeister von Berlin absolvierte, waren für das MfS und die Partei- und Staatsführung von Interesse.

Neben der Auslandsberichterstattung war Willy Brandt – natürlich in wesentlich geringerem Umfang – auch Gegenstand der Inlandsberichterstattung des MfS: Im Zeitraum von 1959 bis 1989 sind 15 Einzelinformationen und ein Stimmungsbericht (ein sogenannter O-Bericht) von der ZAIG gefertigt worden. Neben mehreren Berichten zur »Passierscheinfrage« rücken die Inlandsberichte über Willy Brandt einen anderen Aspekt in den Mittelpunkt, der das MfS und die SED stark beunruhigte und die Ambivalenz der zaghaften Öffnung, die durch die neue Deutschlandpolitik herbeigeführt worden war, für die Stabilität der DDR unterstreicht. Wie bereits erwähnt, war Willy Brandt spätestens ab 1969 auch in der DDR außerordentlich beliebt und wurde von vielen als Hoffnungsträger verehrt. Die Entspannungspolitik und die damit verbundenen »menschlichen Erleichterungen« wurden in der DDR-Bevölkerung hauptsächlich ihm zugeschrieben.

---

<sup>170</sup> Maerker lieferte unter dem Decknamen »Max« von 1973 bis 1987 allein 1 281 registrierte Informationen und gehörte damit zu den 10 Spitzen-IM der HV A; vgl. ausführlich Knabe: Der diskrete Charme (Anm. 28), S. 216 ff.

<sup>171</sup> Vgl. Bundestagsgutachten (Anm. 1), S. 99.



Abb. 18: Willy Brandt und Willi Stoph am 19. März 1970 in Erfurt  
Quelle: BStU, MfS, ZAIG, Fo 1511, Bild 22

Beim Besuch Willy Brandts 1970 in Erfurt wurde das besondere Ansehen, das Brandt in der DDR genoss, erstmals offenkundig. Trotz detaillierter Vorbereitungen waren SED, MfS und Polizei nicht auf die Sympathiekundgebung der Menge vor Brandts Erfurter Hotel vorbereitet. Die frenetischen »Willy, Willy« Rufe waren so nicht erwartet worden und waren eine indirekte Demonstration gegen die eigene Führung. Die Stasi berichtete am 12. April 1970 über »die Reaktion der Bevölkerung der DDR auf das Erfurter Treffen«:

»In allen Bezirken sind [...] Anzeichen vorhanden, die auf eine *Aufwertung der Person Brandts* und der SPD als Regierungspartei schließen lassen. [...] Betont wird in diesen Bevölkerungskreisen, Brandt habe nicht von der »harten Position

der Politik« gesprochen, sondern von ›Mensch zu Mensch‹; das müsse durch entsprechendes Entgegenkommen von der DDR honoriert werden. Brandt habe durch seine Vorschläge für ›menschliche Erleichterungen‹ zu erkennen gegeben, dass die Bonner Regierung bereit sei, auf vielen Gebieten zu verhandeln. Weitere Diskussionen bewegen sich in der Richtung, Brandt sei ein Politiker, der ehrlich um Entspannung in Europa bemüht sei; Brandt vertrete in erster Linie die Interessen des ›kleinen Mannes‹; die Politik Brandts sei darauf ausgerichtet, den Frieden in Europa zu erhalten; Brandt habe als erster Staatsmann der BRD den ›Mut‹ gefunden, mit der DDR Verhandlungen aufzunehmen.«<sup>172</sup>

Die Stimmung der DDR-Bevölkerung gegenüber Brandt und der sozial-liberalen Bundesregierung verbesserte sich mit jedem Vertragsabschluss weiter. In einem zehnteiligen Bericht über die »Reaktion der Bevölkerung der DDR« auf den Abschluss des Moskauer Vertrages im August 1970 wird nicht nur festgestellt, dass die Bürger der DDR die Frage bewegt, was der Vertragsschluss für die DDR und deren Politik gegenüber der Bundesrepublik bedeutet, sondern auch ein Wandel des Bildes von Willy Brandt konstatiert:

»Dabei zeigt sich in zunehmendem Maße eine verstärkte Aufwertung der SPD/FDP-Regierung und der Person Brandts. [...] die Politik Brandts sei toleranter als die der vorhergehenden westdeutschen Regierungen; [...] Brandt habe systematisch das Ansehen der BRD. [...] Der Abschluss des Vertrages erleichtere Brandt das Vorgehen in den übrigen sozialistischen Ländern.«<sup>173</sup>

Die Sympathien für Brandt in der DDR verstärkten sich in den folgenden Jahren weiter und beunruhigten das MfS, weil dadurch die Legitimationsdefizite des SED-Staates und die mangelnde Popularität des eigenen Führungspersonals noch deutlicher zutage traten. In der DDR-Bevölkerung entstanden Erwartungen an die Zukunft, die den Rahmen dessen sprengten, was in der DDR politisch und ökonomisch möglich war. Anlässlich der Bundestagswahl im November 1972 unterrichtete die Stasi unter anderem Erich Honecker über die Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf das Ergebnis der Wahlen. Das Ganze geriet zwangsläufig zu einer Lobeshymne auf Willy Brandt und seine Politik:

»In vielen Gesprächen wird eine *Tendenz der Überbewertung der Rolle der SPD und besonders der Rolle Willy Brandts* sichtbar. Diese Überbetonung der Rolle Brandts reicht in einigen Fällen bis zur Glorifizierung seiner Person. An der Spitze solcher Haltungen stehen Auffassungen, allein die SPD mit Brandt an der Spitze habe mobilisierend auf die gesamte Entwicklung in Europa gewirkt. Da-

---

<sup>172</sup> BStU, MfS, ZAIG 1799, Information 294a/70, Bl. 17 f.

<sup>173</sup> BStU, MfS, ZAIG 1844, Information 863/70, Bl. 13 u. 15.

bei wird die führende Kraft und Einflussnahme der sozialistischen Staaten auf diese Entwicklung abgewertet, geleugnet und angeführt, die sozialdemokratische Strategie wirke weitestgehend auf die osteuropäischen Länder und befinde sich seit der Funktionsausübung des Bundeskanzlers durch Brandt auf dem Vormarsch. [...] Konkret auf die Person von Willy Brandt bezogen, wird weiter geäußert, man sei Brandt gegenüber zur ›Dankbarkeit‹ verpflichtet, weil er bisher ›so viel‹ für die Bürger der DDR erreicht habe; [...] er sei ein ›Friedenspolitiker‹; [...] ›die Ostpolitik‹ Brandts gehe in die Geschichte ein; er und seine Wähler hätten ›Friedensgeschichte‹ gemacht; es sei bewiesen, dass Brandt eine lebensnahe und arbeiterfreundliche Politik mache; Brandt sei eine ›Autoritätsperson im Weltmaßstab‹ und gewinne immer mehr Freunde«. <sup>174</sup>

Eine solche Wertschätzung für einen Sozialdemokraten ließ die Stasi natürlich »politisch-ideologische Diversion« wittern. Besonders beunruhigt war man dabei auch im Hinblick auf eine mögliche Beeinflussung von Intellektuellen und »Kulturschaffenden«.

Auch das »Trauma von Erfurt« saß weiter tief. Nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler besuchte Willy Brandt die DDR noch dreimal – 1981 nur auf der Transitstrecke mit François Mitterand, 1985 und 1988. Dabei stellte sich für das MfS als zentrales Problem, Begegnungen mit der Bevölkerung zu verhindern, damit es keine spontanen Sympathiebekundungen geben konnte. Beim Besuch 1985 wurde Brandt zwar wie ein Staatsmann empfangen und untergebracht, aber rund um die Uhr im Auge behalten und wenn es zum Zusammentreffen mit vermeintlichen Bürgern kam, waren dies Stasimitarbeiter in diversen Verkleidungen. <sup>175</sup> Brandt hatte – laut Stasi – sogar erwogen die Reise abzusagen, weil ihm der Kontakt mit den Bürgern untersagt wurde:

»Nach Darstellung Brandts gestalte sich die Vorbereitung seiner DDR-Reise äußerst schwierig, so dass er bereits erwogen hätte, kurzfristig abzusagen. Das sei aber aus politischen Gründen nicht möglich. Als Grund seiner diesbezüglichen Bedenken führte er in erster Linie an, dass ihm seitens der DDR keine Möglichkeiten eingeräumt werde, zur Bevölkerung der DDR Kontakt aufzunehmen. Er habe den Eindruck gewonnen, dass man ihn völlig abkapseln wolle.« <sup>176</sup>

---

<sup>174</sup> BStU, MfS, ZAIG 2095, Information 1100/72, Bl. 3 u. 5 f.

<sup>175</sup> Vgl. dazu auch Siegfried Suckut: Willy Brandt in der DDR. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2008, S. 170–182, hier 171.

<sup>176</sup> BStU, MfS, ZAIG 3482, Information 376/85, Bl. 2.



Abb. 19: Treffen Willy Brandts am 19. September 1985 mit Vertretern der evangelischen Kirchen in der DDR – Bischof Dr. Johannes Hempel (l.), Willy Brandt, Journalist Günter Gaus (M.), Manfred Stolpe (r.)  
Quelle: BStU, MfS, ZAIG, Fo 1341, Bild 20

Unbemerkt blieb der Besuch Brandts dann in der DDR doch nicht – es gab sogar Beschwerden darüber, dass kein Kontakt ermöglicht wurde. So schrieb eine Gruppe Jugendlicher aus Berlin-Marzahn am 19. September 1985 einen Beschwerdebrief in dieser Sache an die FDJ-Kreisleitung, der umgehend bei der MfS-Bezirksverwaltung Berlin landete:

»Die totale Abschirmung von unserem geliebten Willi [sic!] Brandt, einem der allergrößten Friedenspolitiker dieses Jahrhunderts, verrät die unglaubliche Unsicherheit der SED und der Regierung der DDR. Hat Brandt diese Bewachung nötig? Vor wem soll er geschützt werden? Wir haben gestern alle angesichts unserer Angst und Unsicherheit geweint! Lass doch die Leute miteinander reden!«<sup>177</sup>

Auch mehr als zehn Jahre nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler, an dem die Stasi ihren Anteil hatte, war es nicht gelungen, die Sympathien für Willy Brandt und damit eine Projektionsfläche für die Hoffnung auf Veränderung zu unterdrücken.

<sup>177</sup> BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX 5241, Teil 4, Bl. 52.

BSTU  
0053

20. Sep. 1985



An die Kreisleitung der  
FDJ Marzahn  
Abt. Eingaben  
1141 Berlin  
Ketschendorfer Weg 32

Abb. 20: Über zehn Jahre nach seinem Rücktritt stand Brandt bei vielen DDR-Bürgern noch in hohem Ansehen  
Quelle: BStU, MfS, Abt. XX, Nr. 5241, Bd. 4, Bl. 52 u. 53 (Auszug)

19/09/85

BSTU  
0052

Die totale Abschirmung von unserem geliebten  
Willi Brandt, einem der allergrößten Friedenspolitiker  
dieses Jahrhunderts, verrät die unglaubliche Unsicherheit  
der SED und der Regierung der DDR. Hat Brandt diese  
Bewachung nötig? Vor wem soll er geschützt werden?  
Wir haben gestern alle angesichts unserer Angst und  
Unsicherheit geweint! Laß doch die Leute miteinander  
reden! Was haben wir junge Leute von der Helsinker Kon-  
ferenz und vom Ausbau der Beziehungen zu kapitalistischen  
Ländern? Nichts als Worte und bla,bla,bla....

*Albus*  
Klaus [redacted] 17 Jahre  
Thomas [redacted] 16 Jahre FDJ-Sekretär  
Petra [redacted] 16 Jahre  
Klaus [redacted] 16 Jahre  
und 20 Jugendlichen, die ihre Namen aus  
Angst nicht angeben wollen

Berlin- Marzahn



Abb. 21: Willy Brandt vor dem Schöneberger Rathaus am 16. August 1961  
Quelle: BStU, MfS, ZAIG, Fo 1666, Bild 42

## Schlussbemerkungen

»Die Stasi und Willy Brandt« – eine von zahlreichen Geschichten der deutsch-deutschen Beziehungen, in der die ostdeutsche Geheimpolizei eine besondere Rolle einnahm oder doch mehr? Die Antwort auf diese Frage ist vielschichtig. Mehrere Ebenen gilt es hierbei zu beleuchten – wie die vorangegangenen Ausführungen deutlich gemacht haben:

Im Wandel des Bildes von Willy Brandt, welches sich bei Staatssicherheit und SED-Führung von den fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre vollzog, spiegeln sich sowohl die Veränderungen des innerdeutschen Verhältnisses als auch der Politik von Willy Brandt wieder. Aus dem »Kalten Krieger« und »Frontstadtbürgermeister« wurde im Laufe der sechziger Jahre für die DDR ein wichtiger Partner auf dem Weg zur staatlichen und damit auch internationalen Anerkennung sowie zur Normalisierung des deutsch-deutschen Verhältnisses. Für Politik und Person Willy Brandts wiederum bedeutet diese Zeitspanne einen entscheidenden Wandlungsprozess: Willy Brandt zog im Berlin der fünfziger Jahre nicht nur verbal »gegen die Zone« zu Felde, sondern war auch in seinen deutschlandpolitischen Vorstellungen ein Verfechter der Westintegration und damit gegen neutralistische Experimente und zu viel Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion. Den Deutschlandplan seiner Partei von 1959 lehnte er deshalb ab. Das war für einen Westberliner Spitzenpolitiker eine mehr als naheliegende Haltung, war doch in der Inselstadt tagtäglich erfahrbar, wie wichtig die westalliierte, vor allem amerikanische Präsenz für die Bewahrung der Freiheit war.

Nach dem Mauerbau am 13. August 1961 änderte sich die Situation grundlegend. Jetzt, wo die Verhältnisse auch im Wortsinn zementiert waren, erforderten sie gerade in Berlin einen Politikwechsel. Als Antwort auf die schwer erträgliche Berliner Situation entstand die »Politik der kleinen Schritte«, die »menschliche Erleichterungen« im Austausch gegen eine vorsichtige (und als vorübergehend angesehene) Anerkennung des politischen Status quo anstrebte. Die Passierscheinverhandlungen wurden zum Modell für eine neue Deutschland- und Ostpolitik, die Politik von »Wandel durch Annäherung«, die von Brandt und seinen engsten Mitarbeitern ausgearbeitet und mit Übernahme der Regierungsverantwortung durch die sozialliberale Koalition in vertragliche Vereinbarungen umgesetzt wurde. Der sozialdemokratische Bundeskanzler wurde zum international anerkannten »Friedenpolitiker«, im Jahr 1971 ausgezeichnet mit dem »Friedensnobelpreis«.

Damit einher ging auch eine veränderte Haltung der SED und damit der Staatssicherheit gegenüber Willy Brandt: Wollte man die weitere politische

Karriere des verhassten »Frontstadtbürgermeister« in den fünfziger und beginnenden sechziger Jahren mit Diffamierungskampagnen und anderen schmutzigen Tricks beenden, so versuchte die Stasi seit Mitte der sechziger Jahre, – teilweise auch nicht gerade mit lauterer Mitteln – Brandts Karriere zu fördern und seine politischen Positionen innerhalb der SPD zu stärken.

»Die Stasi und Willy Brandt« ist aber auch eine Geschichte vom aktiven Eingreifen des MfS in die Geschicke der Bundesrepublik. Das Scheitern des Misstrauensvotums gegen Willy Brandt im April 1972 unter tatkräftiger Mithilfe des MfS dürfte die wirksamste Einflussnahme des DDR-Geheimdienstes auf die bundesdeutsche Politik gewesen sein, die es in den 40 Jahren Teilungsgeschichte gegeben hat. Doch gerade der Ausnahmecharakter dieses Vorgangs vor dem Hintergrund anderer weitgehend wirkungsloser Manipulationsversuche belegt eher die Begrenztheit geheimdienstlicher Möglichkeiten. Von »Unterwanderung« oder »Steuerung« kann daher weder im Zusammenhang mit der Sozialdemokratie noch mit der Bundespolitik im Allgemeinen gesprochen werden.

Schließlich hat das Thema »Stasi und Willy Brandt« auch einen innenpolitischen Aspekt für die DDR. Er zeigt sich bei der »besorgten« Berichterstattung des MfS an die Partei- und Staatsführung seit dem Treffen von Brandt und Stoph 1970 in Erfurt. Die spontanen Sympathiebekundungen, die Willy Brandt in Erfurt entgegengebracht wurden, waren auch Ausdruck eines mangelnden Rückhalts der DDR-Führung in der eigenen Bevölkerung. Willy Brandt wurde für viele DDR-Bürger zum Hoffnungsträger für menschliche Erleichterungen und Öffnung der DDR. Er war Projektionsfläche für Erwartungen und Wünsche, die politischen Sprengstoff bargen. So wurde die Entspannungspolitik, die den SED-Machthabern die lang ersehnte internationale Anerkennung ihres Staates gebracht hatte, ein destabilisierendes Element, dessen Wirkungen die Stasi langfristig nicht unter Kontrolle brachte. Auch das ist Teil der Geschichte, die unter dem Titel »Die Stasi und Willy Brandt« erzählt werden kann.

## Dank

Die Recherchen für ein solches Projekt sind immer aufwendig. Ich danke Cornelia Jabs für ihren engagierten Einsatz bei der Ermittlung und Vorsichtung der zahlreichen verstreuten Aktenbestände. Am Beginn des Projektes war daran auch Hannelore Köhler beteiligt – auch ihr sei gedankt.

Für manch wichtige Hinweise und Erklärungen habe ich meinen Kollegen in der Forschungsabteilung des BStU zu danken, hier vor allem Georg Herbstritt und Douglas Selvage. Wie immer hat das Publikationssachgebiet mit Lektorat und Gestaltung für die reibungslose Veröffentlichung gesorgt – auch dafür vielen Dank.

Mein ganz besonderer Dank gilt Roger Engelmann für seinen bewährten fachlichen Rat und seine Unterstützung.

Berlin, im Februar 2015  
Daniela Münkel